

Erscheint wöchentlich Freitags  
Bezugspreis durch die Post  
1,20 M. vierteljährlich

# Sattler-

Inserate für den Arbeitsmarkt  
20 Pf., alle anderen 30 Pf. pro  
3gepaltene Petitzeile

# und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten  
Lederverwarenindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 1 .: 25. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Brüden-  
straße 10b .: Telephon: Amt IV, 2120

Berlin, den 6. Januar 1911

**Inhalt:** Beitragszahlung. — Streitnotizen. — Ein neues Jahr — ein neuer Kampf! — Die Tarifverträge im Deutschen Reich. — Von den Dummheitsleistungen im Januar. — Die Verminnung der Erde und der Planeten. — Zur Situation des Heimarbeiters. — Deutscher Heimarbeitertag. — Zur Abwehr. — Sitzung der Schlichtungskommission für das Portefeuille- und Reiseartikelgewerbe zu Offenbach a. M. — Streiks und Lohnbewegungen. — Aus unserem Beruf. — Korrespondenzen. — Rechtsprechung. — Bekanntmachungen des Zentralverbandes. — Briefkasten. — Adressenänderungen. — Verjammlungskalender. — Erbetafel. — Anzeigen.

Für die Woche vom 1. bis 7. Januar ist der 1. und vom 8. bis 14. Januar der 2. Verbandsbeitrag fällig. Wer länger als fünf Wochen mit seinen Beiträgen im Rückstande ist, kann keinerlei Unterstützung aus der Verbandskasse erhalten.

**Achtung! Kollegen! Achtung!**

Die Kollegen werden in ihrem eigensten Interesse ersucht, bei Arbeitsannahme in anderen Städten sich zuvor bei der dortigen Ortsverwaltung zu erkundigen.

**Sameln.** Bei der Firma „Norddeutsche Automobilwerke“ hat die Gesamtarbeiterschaft wegen Lohnreduzierungen die Arbeit niedergelegt. Zugang ist streng fern zu halten.

**Ein neues Jahr — ein neuer Kampf!**

Ein Jahr des Kampfes ging zu Ende! — Ein Jahr des Kampfes nahm jetzt seinen Anfang! Ja, Kampf, Kampf und nochmals Kampf! So mancher wird fragen, soll es denn wirklich immer so bleiben, und zwar nur deshalb, weil es bisher stets so gewesen ist, von Anbeginn der Welt? — Wiederum ist ein Jahr ins Meer der Ewigkeit geflossen, wiederum haben wir eine Spanne Zeit, die wir ein Jahr nennen, an uns vorüberziehen sehen, ohne daß sichtbar an der Menschheit selbst, an ihrem Sinnen und Trachten, an den Zuständen in der Welt irgend etwas sich nennenswert geändert hätte! Und hoffen und wünschen wir nicht Jahr für Jahr in immer und immer wieder, daß das neue Jahr ein anderes, ein besseres sein möge als das alte Jahr gewesen ist? Und trotz aller unserer Wünsche und Hoffnungen dieses scheinbar negative Resultat? Ja, gemacht, lieben Freunde, der Schein trügt, denn er ist wirklich nur Schein dieser so oft vermutete Stillstand, es ist wirklich ein Fortschritt, das geflügelte Wort vom „Es ist so, wie es gewesen und es bleibt so wie es ist.“ Nur der vermag das Fortwärtsträngen und -stürmen, das förmliche Ueberstürzen der Ereignisse nicht zu erkennen, der, den Blick nach innen gefehrt, gar

keine Kenntnis genommen hat von den Vorgängen in seiner Um- und Außenwelt! Solche Menschen sind wie Passagiere eines schnellfahrenden Nachtzuges, die sich abends in die Schlafkabinen zurückziehen, um zu schnarchen und morgens, wenn sie der Kondukteur weckt, ganz erschaut und oft noch sehr ärgerlich darüber sind, daß sie, ohne etwas davon gemerkt zu haben, eine gewaltige Strecke vorwärts gekommen sind. Aber auch diejenigen, die offenen Auges im Zuge saßen, die entweder die Zeitung oder ein Buch vor der Nase oder beim jedes andere Interesse tötende Kartenspiel sich die Zeit vertrieben und niemals den Blick aus dem Fenster schweifen ließen, haben von dem Fortschritt, von dem Vorwärtstreiben des Zuges keine rechte Vorstellung erhalten. Und was sind wir Menschen alleamt auf unserem Planeten? Sind wir etwas wesentlich anderes als Passagiere, die eine ungewisse Zeitlang die Fahrt durch das Weltall ein Menschenleben hindurch mitmachen, niemals ruhend und rastend, bis der Tod, der unerbittliche Senfemann uns niedermächt, um Platz für den jungen Nachwuchs zu schaffen? Ganz gewiß! Nur ist es in dem großen Eisenbahnzuge, den wir die Erde nennen, umgekehrt als etwa in einem solchen der preußisch-bessischen Eisenbahngemeinschaft. In diesem ist die Zahl der Reisenden, die bedient werden müssen, eine große, die Zahl der Eisenbahnbediensteten eine relativ geringe! Aber in dem großen Eisenbahnzuge, den man das Leben, die menschliche Gesellschaft nennt, da ist die Zahl der Bedienten Legion, die Zahl der Passagiere, die Zahl der Trohnen und Nichtstuer, kurz, die Zahl derjenigen, die von den Arbeitern, die wir als das Eisenbahnpersonal bezeichnen wollen, bedient und erhalten werden müssen, nur eine relativ geringe. Und doch hört man von diesen Wenigen, die zurzeit noch im Besitze aller Reichtümer und Machtmittel sich befinden, fortwährend Klagen und Gezerer darüber, daß sie von dem „Zugpersonal“ nicht mehr so bedient würden, wie sie es früher wurden und wie sie es glauben beanspruchen zu dürfen. Ja, allenthalben in der Welt beginnt das Zugpersonal widerpenftig und unzuverlässig zu werden. Ueberall wünscht auch das Zugpersonal einen etwas größeren Anteil an den Bequemlichkeiten auf dieser Fahrt zu erreichen. Ja man will überhaupt nicht mehr begreifen, daß einige Wenige immer die Passagiere, die Millionen der anderen immer nur Bedienstete derselben sein sollen. Und wer vermag es zu bestreiten, daß die Passagiere ein Recht haben angefehchts der Unberühlichkeit des Zugpersonals, immer bedenkllicher in die Zukunft zu schauen und den Anfang vom Ende aller Dinge sich in den düstersten Farben auszumalen? Und wie in Preußen der Herr Eisenbahnminister und in Frankreich der Renegat Briand mit Aufbietung aller Kräfte und Anwendung aller Knabulistik sich

bemühen, das ungehörige Personal der Eisenbahnen mit eisernen Fäulien und nacktester Brutalität zur Räson zu bringen versuchen, angeblich nur der gefährdeten Passagiere halber, genau so leben wir, wie die Regierungen aller Länder sich nach den letzten Mitteln umsehen, das große, gewaltige, von Stunde zu Stunde immer mehr anschwellende Heer des denkenden und daher unzufriedenen Eisenbahnpersonals des Weltzuges zu knebeln und mit drakonischen Mitteln die Sicherheit der Passagiere auf einige Zeit hinaus gewährleisten zu wollen.

Doch wohin fahren wir eigentlich? Ueber die allgemeinen Hauptideen und Fortschritte des vergangenen Jahres wollten wir berichten und gerieten anstatt dessen in diese Eisenbahngeschichte hinein. Wir sind also augenscheinlich im „falschen Zuge!“ —

Doch schon haben wir uns von unserem Irrtum überzeugt und wollen daher das Veräumte noch nachholen.

Also ein Jahr des Kampfes liegt hinter uns, wie kaum eins der früheren Jahre.

Die deutschen Gewerkschaften können mit Befriedigung auf das Jahr 1910 zurückblicken. Hat schon das Jahr 1909 den Mitgliederzuzug, den ein großer Teil der Organisationen in der Zeit der wirtschaftlichen Krise erlitten hatte, zum Stillstand gebracht, so daß am Jahreschluß 1909, verglichen mit dem Vorjahr, wieder ein kleiner Fortschritt zu verzeichnen war, so hat diese Vorwärtsentwicklung in dem zu Ende gegangenen Jahr kräftig angehalten. Die seither veröffentlichten Quartalsübersichten lassen erkennen, daß die Mitgliederziffern der Gewerkschaften und namentlich auch die unserer Organisation eine bedeutende Zunahme erfahren haben.

Diesen Fortschritt haben wir neben der eigenen Agitation auch zu einem guten Teil unseren Feinden zu danken, die im Jahre 1910 besonders eifrig am Werke waren, die Organisationen der Arbeiter zu schädigen. Das Ziel, welches der alte Scharfmacher Bued in seiner Abschiedsrede dem Zentralverband der Scharfmacher gesteckt hat, „die Gewerkschaften niederzuzwingen, zu zerstückeln, zu vernichten,“ hat diesen ehrentwerten Herrschaften schon immer vorgeschwebt, sie haben aber erkennen müssen, daß die organisierte Arbeiterschaft noch die Kraft besitzt, ihren Vernichtungsplänen den entschiedensten Widerstand entgegenzusetzen. Im Kampf mit den feindlichen Gewalten sind wir gewachsen und stark geworden, und jeder neue Angriff gegen unsere Existenz erhöht den Kampfesmut unserer Mitglieder und liefert uns neues Agitationsmaterial, mittels dessen wir auch die denkfaulen Arbeiter zum Klassenbewußtsein erwecken.

Das Jahr 1910 hat uns mehrere große Ausperrungen gebracht, bei denen dem Unternehmertum der Gedanke, die Gewerkschaften zu

vernichten oder sie wenigstens so zu schwächen, daß sie sich widerstandslos der Friedensbedingung unterwerfen lassen müssen, als Ziel vorzeichnete. Der erste und bedeutendste dieser Kämpfe war der im Januar. Schon lange hatte das Bauunternehmertum auf den Tag der Abrechnung mit den verhassten Gewerkschaften gewartet. Ihr Zübelraßeln hat jedoch die Arbeiterkass nicht erschreckt; die Bauarbeiterverbände ließen die Dinge ruhig zu sich heran kommen. Wenn auch bei der richtigen Zahl der Ausgelverritten die Beteiligten außerordentliche Opfer auf sich nehmen mußten, so hatten sie doch die Genugtuung, die gesamte deutsche Arbeiterschaft hinter sich zu wissen, die es nicht bei platonischen Zusicherungen bewenden ließ. Mit Recht durfte deshalb die gesamte Arbeiterschaft sich über den vollen Sieg der Bauarbeiter freuen; es war ein Sieg der Gewerkschaften über das Scharfmachertum.

Der Erfolg, den wieder die Werftarbeiter errangen, steht in einem gewissen Zusammenhang mit dem Ergebnis des Kampfes im Baugewerbe. Die Herren vom Gesamtverband der Metallindustriellen hätten sich schwerlich auf Verhandlungen mit den Gewerkschaften eingelassen und ihre Kollegen von der Gruppe Seeschiffswerken zu Zugeständnissen gebrängt, wenn ihnen nicht der Ausgang der Aussperrung im Baugewerbe als warnendes Zeichen vor Augen gestanden hätte. Die Niederlagen der Unternehmer im Baugewerbe und auf den Seeschiffswerken sind dem Scharfmachertum um so peinlicher, als es sich hierbei um Unternehmerrgruppen handelt, die ihren Herrenstandpunkt bisher am prägnantesten vertraten. Es ist nicht schwer, vorauszu sehen, daß die Herren auf Wache sitzen und den geeigneten Augenblick wahrzunehmen werden, die erlösende Scharte auszuweichen. Die Scharfmacher rüsten! Die Zornigheit, die auf die Aufpöpelung der selben Organismen gelegt wird, das Heranzüchten berufsständischer Streikbrecherkolonnen, das Geheiß nach geistlichen Maßnahmen zur Wehrlosmachung der Gewerkschaften, welches bei der Regierung ein so freudiges Echo findet, das alles sind Zeichen, die uns mahnen, auf der Hut zu sein, um von den kommenden Stürmen nicht überrollt zu werden. Die Erfolge, welche die Gewerkschaften im verfloßenen Jahre errungen haben, berechtigen uns jedoch, trotz der Trostreden der Scharfmacher, hoffnungsfroh in die Zukunft zu blicken.

Wenn von den wirtschaftlichen Kämpfen des Jahres 1910 gesprochen wird, dann muß auch der schwerere Kampf und der Kämpfer in unserem Berufe genannt werden.

Da unsere wichtigsten Berufsvereinigungen des vergangenen Jahres später noch in besonderen Artikeln gewürdigt werden sollen, so mag es für heute genügen, die Namen Berlin, Görlitz und Leipzig, Babel und Herten den stolzen in Erinnerung zu bringen. Ueberall stand, stand bis auf's Meiste tobt in den genannten Orten, ohne daß die Unternehmer ihre Zwecke zu erreichen vermochten. Gewiß, auch wir mühten Haare lassen! Doch die Tatsache z. B., daß es überhaupt möglich war, einen Betrieb wie den des Herrn Arnade in Görlitz um lange Zeit, so noch bis zur heutigen Lage schmutzigen, bedeutet einen bis vor Jahresfrist kaum geahnten Fortschritt. Die Ueberzeugung, daß auch Herr A. sich derartige kostspielige Experimente nicht des öfteren leisten kann, läßt uns hoffen, daß es nun bald möglich werden wird, den traurigen Görlitzer Verfassungszuständen für immer ein Ende zu machen.

Auf dem Gebiete der Politik war das vergangene Jahr auch ein sehr ereignisreiches. Der Kampf um das preussische Wahlrecht erreichte einen Höhepunkt, der bis zur Entscheidung nicht mehr verlassen werden kann.

Herr v. Bethmann Hollweg blamierte sich im vergangenen Jahre, wie er und überhaupt wohl noch kein anderer Staatsmann vor ihm sich je blamiert haben. Er prägte das Wort von der „notwendigen Abhängigkeit“, er bekante sich als Schutz- und Schirmherr der Selben, und den Arbeitswilligen versprach er den „Schutz der persönlichen Freiheit — pardon Freiheit“. Die preussischen Schulleute erholten sich „Kulturträger“ (beim Entwurf zum preussischen Wahlgesetz) und mußte die Kulturarbeit vieler Frauen in Noacht erleben. Den Preußen verweigerte er als preussischer Minister das allgemeine und direkte Wahlrecht, und den Elsaß-Vorbringern mußte er als deutscher Reichstagskanzler ein Wahlrecht auf den Weich nachstücken legen, bei dem ihm selbst sicher die Tränen in den Augen standen, den Elsaßern aber die Zornesröte ins Gesicht stieg. Ja, ja, die Elsaß-Vorbringer sind an diesen Tabak nicht gewöhnt. Und so ging es mit Grazie weiter. Das neue Jahr wird auch nicht um ein Haar besser werden. Die Kämpfe um die Reichsversicherungsordnung, das Arbeitsamtergesetz und

die Reform der Strafprozedurordnung die werden diesen langen Gemütskämpfen noch die dreifachen Gliederungsverfaltungen und Gemütskonflikte vermischen! Doch warten wir das ruhig ab. Denn dieses Jahr ist ein Jahr der Abrechnung! Beim nächsten Jahresabschluss, so hoffen wir, wird das Fazit ein anderes sein.

Unserer Organisation stehen in diesem Jahre Kämpfe bevor, deren Tragweite sich noch gar nicht übersehen läßt. Das Volksganze steht gleichfalls vor iderwiegenden Entscheidungen. Die nächsten Reichstagswahlen sind die wichtigsten, die wir seit Jahrzehnten vorzunehmen hatten. Da gilt es Herrschaften zu halten und da gilt es Redendhaft abzulegen und zu fordern. Wacht auch die Zorn unserer Feinde, spüren sich auch einzelne Verräter an der gemeinsamen Sache ab und ichtlichen ihren Paß mit dem Teufel in gelben Vereinen, das soll uns nicht beirren. Die Arbeiterorganisationen, im Kampfe geboren und im Kampfe gestählt, sie werden weiter ihre Rechte und Freiheit, Brot und Freude ihren Trägern erringend. Rück schauend wollen wir uns geloben, auch im kommenden Jahre fest und tren zur Organisation und zu unserer Sache zu stehen und die Fahne hoch zu halten in den kommenden Kämpfen.

Wir wollen kein feiges, kein halbes Geschlecht,  
Aber trotzendes Volk, uns zum Hohne;  
Wir wollen für jeden sein heiliges Recht,  
Für jeglichen Arbeit, die lobne,  
Und Freude, wo brennend die Träne jetzt fällt,  
Und Frieden der ganzen, der feuzigen Welt --  
Und dem Volke der Zukunft Krone!

**Die Tarifverträge im Deutschen Reiche.**

Zeit dem Jahre 1907 veranlaßt das Kaiserl. Statistische Amt alljährliche Fragebogen-erhebungen über die Tarifverträge im Deutschen Reiche, nachdem sie von 1904 bis 1906 die in Geltung befindlichen Tarifverträge gesammelt und statistisch bearbeitet hatte. Die Erhebungen werden mit Hilfe der Arbeitnehmer und Arbeitgeberverbände durchgeführt, indes ist der Anteil der letzteren so gering (1908: 13,2 Proz., 1909: 9,0 Proz.), daß ohne die Hilfe der Gewerkschaften diese Statistik nicht durchgeführt werden könnte. Auch sind es von den verschiedenen Gewerkschaftsgruppen fast allein die freien Gewerkschaften, deren Anteil die Grundlage der Statistik bilden. Von 2000 pro 1909 abgezeichneten Verträgen entfielen 2081 auf unsere Verbände. Die übrigen Gewerkschaftsgruppen sind in der Regel an

Stroobant hat durch seine Untersuchungen nachgewiesen, daß die räumlichen Bewegungen der hellen Sterne Alpha Cassiopeae, Alpha und Beta Persei, Alpha Scorpiensis, Gamma Egnit, Alpha und Epsilon Regasi, die sämtlich mit bloßem Auge erkennbar und an der Hand einer kleinen Sternkarte leicht aufzufinden sind, nahezu gleichlaufende Bewegungen mit der Sonne ausführen. Wie die Sonne, so bewegen sich also auch diese Sterne durch den Raum. Wir müssen auf Grund dieses Nutstandes den Schluß ziehen, daß diese Sterne uns sehr nahe stehen und mit der Sonne höchstwahrscheinlich eine zusammengehörnde Sternschar bilden, die vielleicht auch genetischen Zusammenhang besitzt.

**Die „Vermondung“ der Erde und der Planeten.**

Eine Möglichkeit, durch welche der Bestand des Sonnensterns gefährdet wird, ist die sogenannte „Lunarisation“ der Planeten, was man als „Vermondung“ bezeichnen könnte. Es ist darunter zu verstehen, daß die Planeten, und als typischer von ihnen die Erde, in den Zustand des Mondes kommen, mechanisch sowohl wie auch physikalisch, der Körperbeschaffenheit nach.

Wir alle kennen die Erscheinung der Ebbe und Flut, der Gezeiten. Sie besteht darin, daß der Mond und auch die Sonne das Wasser zu sich heranzieht, also besonders an denjenigen Stellen der Erde aufhäuft, die diesen Himmelskörpern jeweils am nächsten stehen. Da sich nun aber die Erde dabei um ihre Achse dreht, so rollt sie gewissermaßen unter den entstehenden Flutbergen immerwährend dahin. Die Gestaltung der zusammenhängenden Ländermassen (Kontinente) und der Inseln aber stellen sich den Flutbergen entgegen. Die Flut schlägt an sie an und bricht sich, muß seitlich ausweichen, um dem

**Von den Himmelserscheinungen im Januar.**

Von Georg Kähler in Bremen.

(Rohdruck verboten.)

Astronomisch ist der Jahresbeginn eigentlich mit der Rückkehr der Erde an eine bestimmte Stelle ihrer Bahn um die Sonne bestimmt. Wir mühten Jahresbeginn feiern, wenn die Erde wieder in ihre größte Sonnennähe zurückgekehrt ist, wenn die Erde sich wieder im Perihel befindet. Das ist aber gewöhnlich nicht am 1. Januar der Fall, sondern meist etwas später. Nur ausnahmsweise fällt der 1. Januar bürgerlicher Zählweise mit dem astronomischen Datum zusammen; voriges Jahr war's so, aber diesmal kamen sich die beiden Himmelskörper erst am 3. Januar am nächsten. Die Tage wachsen wieder an Länge, und die Sonne steigt wieder etwas höher über den Horizont empor, während des ganzen Januar jedoch nur um 10 Bollmündsbreiten.

Von der Sonne liegen zwei merkwürdige Erscheinungen vor, und zwar zwei Sonnenprotuberanzen, die einander fast entgegengesetzte Phänomene bilden. Eine war vom 4. März bis zum 28. April 1910 sichtbar, also acht Wochen lang. Das ist eine enorm lange Zeit. Während dieser erfuhr sie bemerkenswerterweise nur ganz unbedeutende Veränderungen. Eine andere Protuberanz tauchte am 25. März auf, stieg von 4 Uhr 15 Minuten bis 5 Uhr 25 Minuten von 120.000 auf 320.000 Kilometer Höhe an und verblähte hierauf sehr schnell, so daß um 8 Uhr keine Spur mehr von ihr zu sehen war. Innerhalb von 103 Minuten stieg sie also um 200.000 Kilometer an, das macht eine Fortschleuderung um 83 Kilometer in jeder Sekunde!

Die Sichtbarkeitsverhältnisse der großen Planeten verbessern sich im neuen Jahre wieder erheblich. Mercur wird sogar sichtbar sein. In der zweiten Hälfte des Monats wird er bis zu 20 Minuten morgens im Südosten beobachtbar sein. Venus wird in den ersten Tagen des Monats auf

kurze Zeit als Abendstern sichtbar. Die Dauer ihrer Sichtbarkeit wächst bis auf 4 Stunden am Ende des Monats. Mars ist im Südosten eine Stunde vor der Dämmerung sichtbar. Jupiter geht in den frühen Morgenstunden auf und ist anfangs vier, am Ende des Monats 5 1/2 Stunden am südlichsten Himmel sichtbar. Saturn geht anfangs um Mitternacht herum auf und ist dann 8 1/2 Stunden, am Ende des Monats noch 6 1/2 Stunden lang sichtbar. Alle Planeten also, soweit sie überhaupt mit bloßem Auge gesehen werden können, sind im Januar zu beobachten. Allerdings verbessern sich die Sichtbarkeiten und die Beobachtungsgenauigkeit von Venus und Jupiter noch erheblich, während Mars und Saturn ungünstiger werden. Auch Mercur, der ja immer nur auf wenige Tage zu sehen ist, verschwindet im nächsten Monat wieder.

In letzter Zeit sind übrigens mehrfach ungewöhnliche Erscheinungen am Saturn beobachtet worden; so wurde über helle Hervorhebungen an verschiedenen Stellen des Planetenrandes berichtet, und Jondere in Gem. Nordfrankreich, meldet, daß der äußere Rand des Aufganges neblig ausseh, und zwar an mehreren Abenden hintereinander, so daß eine Täuschung ausgeschlossen erscheint.

Starke Ergenitrität und große Reizung der Wahnebene eines kleinen Planeten haben bis jetzt seine Auffindung verhindert, obwohl seine Helligkeit nicht unbedeutlich ist. Am 2. Oktober ist Cerull in Teramo (Italien) auf seiner Privatsternwarte die Entdeckung gelungen.

Der Halle'sche Komet steht seit Anfang November wieder unter Beobachtung, und zwar ist er zuerst am 2. November von Javelle in Nizza wieder gesehen worden. Die Dauer der Sichtbarkeit des Kometen beträgt jetzt somit schon 15 Monate und dürfte sich wohl noch um einige Monate verlängern.

Durch Rechnungen des Herrn Ebell in Kiel ist festgestellt worden, daß der von Cerull entdeckte Komet 1910e der periodische Komet Aaye ist.

den Tarifen unserer Gewerkschaften nur mitbe-  
teiligt.

Die große Bedeutung dieser Tarifvertrags-  
statistik liegt nicht nur in der Bedeutung des Tarif-  
vertragsproblems an sich, als einer volkswirtschaft-  
lichen und rechtlichen Kernerscheinung von größter  
Bedeutung, die beraten sein dürfte, den gewerblichen  
Arbeitsvertrag und das Arbeitsrecht für Millionen  
von Staatsbürgern von Grund aus umzugestalten,  
sondern vor allem auch in der historischen Erläuterung  
des Inhalts der Tarifverträge über  
Arbeitsdauer, Arbeitslöhne, Lohn-  
systeme usw. Wird diese Statistik in der rich-  
tigen Weise durchgeführt und bearbeitet, so können  
wir auf diesem Wege zu einer sehr brauchbaren  
Statistik der Arbeitsdauer und Ar-  
beitslöhne der gewerblichen Arbeiter-  
schaft. Das dies keine Uebertreibung ist, ergibt sich  
aus der Tatsache, daß im Jahre 1909 bereits mehr  
als 1 Million gewerblicher Arbeiter in tariflich  
geordneten Arbeitsverhältnissen standen und daß der  
Gesamtbereich der Tarifverträge sich von Jahr zu  
Jahr erweitert. Schon das Jahr 1910 mit seiner  
großen Tarifbewegung im Baugewerbe hat eine er-  
hebliche Erweiterung des Tarifbereichs gebracht und  
der neu eintretende Wirtschaftsaufschwung wird die  
Zahl dieser Verträge bald verdoppeln. Schon heute  
umfassen diese Verträge 1 107 478 Arbeiter, also  
etwa 10,5 Proz. der 10 516 650 Arbeiter in Industrie  
und Handel. Von Jahr zu Jahr wird ein wachsender  
Teil dieser Arbeiterschaft erfasst und damit eine  
immer vollkommener Statistik der Arbeitsbedin-  
gungen möglich sein. Allerdings nur der tarif-  
lich vereinbarten Arbeitszeit und Löhne, nicht  
der wirklich geltenden. Aber liegt die letztere noch  
weit im Felde, so wirken die Tarifverträge auch im  
ausgleichenden Sinne, so daß diese Statistik schon  
eine sehr brauchbare Uebersicht ergeben würde.

Leider ist die amtliche Tarifvertragsstatistik  
noch nicht so weit. Sie gibt nämlich keine Darstel-  
lung des Vertragsinhalts aller in Geltung befind-  
lichen Tarifverträge, sondern nur der im Ver-  
tragsjahre in Kraft getretenen Ver-  
träge. Da solche Verträge vielfach auf die Dauer  
mehrerer Jahre abgeschlossen sind, so ändert sich von  
Jahr zu Jahr der bearbeitete Tarifbereich dezent,  
daß jeder Bereich erwidert ist. Um statistische  
Vergleiche der Tarifergebnisse der einzelnen Jahre  
zu ermöglichen, müßte alljährlich der gesamte  
Tarifbestand in die Verarbeitung einbezogen  
werden. Das geschieht leider erst nur hinsichtlich  
der Zahlen der Tarifverträge, Betriebe und Ar-  
beiter, nicht aber hinsichtlich der Angaben über  
Arbeitsdauer, Lohnsysteme, Arbeits-  
löhne, Lohnzusätze und dergl. Eine Ver-  
vollständigung der Tarifstatistik in dieser Hinsicht  
wäre sehr erwünscht, weil dann erst diese Statistik  
ihre eigentliche Aufgabe erfüllen kann, ein Grad-  
messer der vertraglich geregelten Ar-

beitsverhältnisse im Deutschen Reiche  
zu werden.

Das Correspondenz-Blatt der  
General-Kommission der Gewerkschaf-  
ten Deutschlands unterzieht von diesem Ge-  
sichtspunkte aus die deutsche Tarifvertragsstatistik  
in seiner statistischen Zeitschrift Nr. 9 einer eingehenden  
Besprechung. Es stellt die wesentlichen Er-  
gebnisse der Zusammenfassungen von 1903, 1905 und  
1906, sowie der Fragebogenstatistiken von 1907, 1908  
und 1909 zusammen und weist daraus nach, wie  
verbesserungsbedürftig diese Statistik noch ist. Durch  
die Veröffentlichung in den statistischen Zeitschriften  
wird das Blatt die Aufmerksamkeit der Gewerkschafts-  
kreise und Arbeiterpreise auf die hohe Be-  
deutung dieser Statistik lenken und diese Kreise zur  
Mitarbeit an der Verbesserung derselben anregen.

An der Tat verdient diese Statistik die Beach-  
tung der weitesten Arbeiterkreise. Sie erreichte sich  
Ende 1909 auf einen Bestand von 6578 Tarifen  
für 1 107 478 Verträge mit 1 107 478 Personen. Da-  
von waren im Jahre 1909: 2360 Tarife für 30 766  
Betriebe mit 256 116 Personen in Kraft getreten.  
Zählt man die denselben Betriebs- und Personen-  
kreis betreffenden Tarife, die von mehreren Organi-  
sationen eingegangen sind, nur einmal, so vermin-  
dert sich die Zahl für 1909 auf 2090 Tarife für  
21 209 Betriebe mit 240 195 Personen.

Von diesen im Tarifbereich pro 1909 tätigen  
Arbeitern entfielen 34,7 Proz. auf das Baugewerbe,  
14,3 Proz. auf die Metall- und Maschinenindustrie,  
10,4 Proz. auf die Bekleidungsindustrie, 8,6 Proz.  
auf die Nahrungsmittel- und 8,5 Proz. auf die  
Holzgewerbe. Im Durchschnitt kamen auf jeden  
Tarifvertrag 110,1 Arbeiter (1908 = 201,1), und  
auf jeden tariflichen Betrieb 9,5 Arbeiter (1908  
gleich 9,9). Auf Kleinbetriebe bis zu 5 Personen  
entfielen 28,7 Proz. (1908 = 27,5 Proz.), auf Groß-  
betriebe über 50 Personen 9,7 Proz. (1908 = 9,9  
Proz.) aller zu Tarifbedingungen beschäftigten Ar-  
beiter. 1457 Tarife (69,7 Proz.) waren Firmen-  
tarife, 334 (16,0 Proz.) Kristarife, 253 (12,1 Proz.)  
Bezirkstarife und 5 Reichstarife. Die Firmen-  
tarife vereinigen indes nur 19,9 Proz. der tarif-  
lichen Betriebe und 29,2 Proz. der tariflichen Ar-  
beiter. Das Sinnen der Firmentarife ist in der  
Zunahme begriffen und besonders im Baugewerbe,  
in der Textilindustrie, im Bau- und Bekleids-  
gewerbe üblich.

Von organisierten Kontrahenten  
sind auf Arbeitersseite 1497 = 71,6 Proz., auf beiden  
Seiten nur 458 = 21,3 Proz. der Tarife abge-  
schlossen. 1499 Tarife wurden friedlich, 599 erit-  
noch Kämpfe herbeigeführt. An der Textil-  
industrie gelang kein einziger Tarifvertrag ohne  
Kampf. Hier neben den Arbeitgebern nicht weniger  
als 48 Streikversicherungsgesellschaften zur Seite;  
da gibt es so leicht keine friedlichen Tarifverträge.  
Trotzdem mußten die Arbeitgeber in 175 Verträge  
einwilligen.

Die Vertragsdauer währte bei 77,5 Proz.  
aller Verträge 1-2 Jahre, bei 6,7 Proz. länger, bei  
7,5 Proz. länger, bei 8,0 Proz. unbefristet. Die  
Mündigungs- und Unterhandlungsfrist übertrafen  
selten 3 Monate. Hinsichtlich der Arbeitsdauer  
und Arbeitslöhne seien die Hauptergebnisse  
für 1903 in Kürze zusammengefaßt:  
1903: Arbeitsdauer bis zu 10 Stunden täglich:  
91,4 Proz. der Tarife, längere Arbeitsdauer 8,9 Proz.  
der Tarife.

1905: Arbeitsdauer bis zu 10 Stunden täglich:  
73,5 Proz., längere Arbeitsdauer 8,3 Proz., unbe-  
fristet 18,2 Proz. der Tarife.

1906: Arbeitsdauer bis zu 10 Stunden täglich:  
85,9 Proz., längere Arbeitsdauer 11,6 Proz., unbe-  
fristet 2,5 Proz. der Tarife.

1907: Arbeitsdauer bis zu 10 Stunden täglich:  
94,6 Proz., längere Arbeitsdauer 5,1 Proz. der  
Arbeiter.

1908: Arbeitsdauer bis zu 10 Stunden täglich:  
90,2 Proz., längere Arbeitsdauer 8,2 Proz., unbe-  
fristet 6,7 Proz. der Arbeiter (Sommer).

1909: Arbeitsdauer bis zu 10 Stunden täglich:  
89,2 Proz., längere Arbeitsdauer 6 Proz., unbefristet  
4,8 Proz. der Arbeiter (Sommer).

Sind diese Prozentangaben auch nicht streng nat-  
ürlich vergleichbar, da die Ziffern bis 1906 sich auf  
die Zahl der Tarife, die von 1907 ab sich auf die  
Zahl der Arbeiter beziehen, und weiterhin die  
Ziffern von 1906 ab nur die im Berichtsjahr in  
Kraft getretenen Tarife betreffen, so läßt sich doch  
schon aus dieser Zusammenstellung ausweitend  
das Streben nach Ausmerzung der längere  
als zehntägigen Arbeitszeit er-  
kennen.

Auf dem Gebiete der Stunden- und  
Wochenlöhne hatten die vorherigen Statistiken  
folgendes Ergebnis:

Es waren Stundenlohnfüße vereinbart für  
männliche Arbeiter:

1903 (meist Baugewerbe): über 45 Pf. Stunden-  
lohn hatten 38,0 Proz.; zwischen 35 bis 45 Pf. hatten  
33,7 Proz. und einen solchen bis zu 35 Pf. hatten  
28,3 Proz. der Tarife.

1905 (nur Baugewerbe): über 45 Pf. Stunden-  
lohn hatten 38,6 Proz.; 35 bis 45 Pf. hatten 40,2  
Proz. und bis zu 35 Pf. hatten 21,2 Proz. der  
Tarife.

1906: über 45 Pf. Stundenlohn hatten 37,4 Proz.;  
von 35 bis 45 Pf. hatten 31,9 Proz. und bis zu  
35 Pf. hatten 30,7 Proz. der Arbeiter.

1907: über 45 Pf. Stundenlohn hatten 45,3 Proz.;  
von 35 bis 45 Pf. hatten 39,3 Proz. und bis zu  
35 Pf. hatten 14,4 Proz. der Arbeiter.

1908: über 45 Pf. Stundenlohn hatten 42,1 Proz.  
der gelernten und 23,5 Proz. der ungelerten Ar-  
beiter; von 35 bis 45 Pf. hatten 32,2 Proz. der ge-  
lernten und 29,5 Proz. der ungelerten Arbeiter und  
bis zu 35 Pf. hatten 25,7 Proz. der Gelernten und  
47,0 Proz. der Ungelernten (Arbeiter).

1909: über 45 Pf. Stundenlohn hatten 42,1 Proz.  
der gelernten und 23,5 Proz. der ungelerten Ar-  
beiter; von 35 bis 45 Pf. hatten 32,2 Proz. der ge-  
lernten und 29,5 Proz. der ungelerten Arbeiter und  
bis zu 35 Pf. hatten 25,7 Proz. der Gelernten und  
47,0 Proz. der Ungelernten (Arbeiter).

Sekunden; 364 Tage also 86 400 x 364 = 31 449 600  
Sekunden. Die Verlangsamung um eine Sekunde  
dauert 167 000 Jahre, die um 31 449 600 Sekunden  
sowie mal mehr, das sind rund 5/4 Billionen Jahre;  
oder legen wir den viermal größeren Betrag zu-  
grunde, so würde dieser Zustand schon nach 1 1/4 Bil-  
lionen Jahren eintreten. Dabei ist zu bedenken, daß  
sich die Zeit noch verlängert, weil ja die abnehmende  
Rotation den Endzustand hinausziehen muß.

Solange aber spendet die Sonne nicht ihre  
Wärme und ihr Licht. Bis dahin ist beides so stark  
geschwächt, daß die Lebewelt aus diesem Grunde  
nicht mehr zu existieren vermöchte.

Was der Erde recht ist, ist jedem anderen Planeten  
billig. Auch bei ihnen allen muß dieser Zustand ein-  
treten, wenn auch in noch so langer Zeit. Beim  
Merkur scheint das schon jetzt bereits der Fall zu  
sein, bei der Venus sicher nicht, denn dieser Planet  
besitzt noch eine Atmosphäre, die er nach unseren  
früheren Ausführungen schon längst verloren hätte,  
wenn seine Rotationszeit gleich seiner Umlaufzeit  
um die Sonne wäre. Trift also nicht der Fall eines  
Zusammenstoßes der Sonne mit einem anderen  
Stern ein, bei welcher Gelegenheit das ganze  
System unterginge, so werden die Planeten einer  
nach dem anderen inaktiviert. Vorher aber wird die  
Sonne ihren Schein verlieren und ihre wärmepren-  
dende Kraft eingebüßt haben. Alles im Sonnen-  
system wird tot daliegen und das System als tote  
abgestorbene Welt durch den Weltraum fliegen. Aus  
dieser Starre kann es nur durch eine Zusammen-  
stoßkatastrophe zu neuem Leben erweckt werden.

Was uns auf den ersten Anblick so furchtbar  
erscheint, muß die Vernichtung der Sonne und  
ihres Systems durch einen Zusammenstoß mit einem  
anderen gleichartigen Körper, wird so zu einer Not-  
wendigkeit, wenn neue Lebensbedingungen geschaffen  
werden sollen. So erzählt die Sage von dem in  
Flammen sterbenden Phönix eine wissenschaftliche  
Auferstehung. Felix Linde.

Monde oder der Sonne zu folgen. Diese ewige Ar-  
beit des Anschlagens und der Reibung der At-  
mosphäre an der Erde hemmt diese naturgemäß in ihrer  
täglichen Umdrehung. Diese muß daher langsamer  
werden und schließlich ganz aufhören. Die Luft  
wirkt also wie ein Bremsfuß. Diese Brems-  
wirkung muß auch auf die Umdrehung der Erde  
einen Einfluß haben; sie muß die Umdrehung der  
Erde verlangsamen, wie die Bremse das Rollen des  
abgerollten Rades verlangsamt. Das heißt nichts  
anderes, als daß der Tag an Länge anwachsen muß,  
denn die Tageslänge wird ja durch die Umdrehung  
der Erde um ihre eigene Achse bestimmt. Das Ver-  
streben der Gezeiten geht dahin, die Umdrehung der  
Erde um die eigene Achse so zu verlangsamen, daß  
sie gleich einem Umlaufung um die Sonne wird, daß  
also der Erdentag gleich einem Jahre wird.

Macht man sich an einer kleinen Zeichnung klar,  
wie sich dann die Dinge gestalten müssen, so erkennt  
man, daß die Erde in diesem Endzustand gerade eine  
Umdrehung vollendet, wenn sie einmal auch um die  
Sonne gelaufen ist, d. h. die Erde kehrt dann der  
Sonne immer dieselbe Seite zu. Dieser Zustand be-  
zieht schon beim Monde in bezug auf die Erde. Der  
Mond kehrt der Erde immer dieselbe Seite zu, so  
daß wir nur diese eine Seite kennen, die andere  
nicht. Der Umlauf des Mondes um die Erde stimmt  
also mit der Drehung um seine Achse überein. Nun  
ist zwar die Erde für den Mond Zentralkörper, sie  
ist aber nicht Licht- und Wärmequelle, wenigstens  
nicht in erheblichem Maße. Für den Mond ist viel-  
mehr auch die Sonne Licht- und Wärmequelle.

Anderes bei der Erde. Für diese ist die Sonne  
nicht bloß Licht- und Wärmequelle, sondern auch  
Zentralkörper. Wenn die Erde der Sonne also  
immerwährend dieselbe Seite zukehrt, so empfängt  
nur diese Licht und Wärme von der Sonne, die ab-  
gekehrte Seite jedoch nichts von beiden. Jahraus-  
gekehrt würde also die Sonne auf diese Seite der  
Erde niederfallen und eine Hitze erzeugen, die weit  
über diejenige, des siedenden Wassers hinausgeht. Ein

Leben wäre auf dieser Seite der Erde damit un-  
möglich. Aber auch auf der anderen Seite könnten  
wir nicht zubringen. Denn hier müßte eine un-  
erträgliche Kälte herrschen, die keinen Pflanzenwuchs  
dulden würde. Die Kälte würde wahrscheinlich  
unter derjenigen der flüssigen Luft liegen, also  
unter 200 Grad. Das bedingte noch ein anderes.  
Der Luftmantel der Erde würde hier nämlich ver-  
schwinden müssen. Denn wenn die Temperatur dort  
so tief ist, daß sie unterhalb des Verflüssigungs-  
punktes der Luft liegt, so muß sich die Luft dort  
verdichten und sich als Flüssigkeit niederschlagen.  
Damit würde aber Luft von der anderen Seite der  
Erde nachströmen, sich abkühlen und sich ebenfalls  
verflüssigen. Dieser Vorgang würde solange an-  
halten, bis alle Luft verflüssigt wäre. Ihres Luft-  
mantels wäre dann die Erde beraubt. Aus diesen  
wie auch aus anderen Gründen könnten also auf  
ihr Geschöpfe nicht mehr existieren.

Der Astronom Darwin schloß daraus, daß die  
Erde einmala eine viel kürzere Umdrehungsdauer  
besessen haben muß. Robert Mayer, der Entdecker  
des Gesetzes von der Erhaltung der Energie, und der  
englische Astronom Adams, mit Leberrier der theo-  
retische Entdecker des Planeten Neptun, haben aus-  
gerechnet, in welchem Maße die Umdrehung der Erde  
durch die Bremswirkung der Gezeiten vermindert  
wird. Der eine fand 0,0498 Sekunden, der andere  
0,01197 Sekunden innerhalb von 2000 Jahren.  
Dieser Betrag ist so klein, daß wir ihn bisher durch  
die Messung nicht nachzuweisen vermochten. Daß  
eine solche Verzögerung aber vorhanden ist, ist  
zweifellos; denn irgendwo muß die Bremswirkung  
wieder zum Vorschein kommen. Rechnet man mit  
dem kleineren Betrag, so findet man, daß diese Ver-  
zögerung in

2000 : 0,01197 = 200 000 000 : 1197 = 167 000  
Jahren eine Sekunde beträgt. Soll also die Um-  
drehungszeit gleich der Umlaufzeit um die Sonne  
sein, so muß eine Verlangsamung um 364 Tage ein-  
treten. Ein Tag hat nun 24 x 60 x 60 = 86 400

1909: über 45 Pf. Stundenlohn hatten 50,9 Proz. der gelernten und 23,4 Proz. der ungelerten Arbeiter; zwischen 36 bis 45 Pf. hatten 38,1 Proz. der Gelernten und 41,7 Proz. der Ungelernten und bis zu 35 Pf. hatten 11,6 Proz. der Gelernten und 31,9 Proz. der Ungelernten (Arbeiter).

Sichtlich der **Wochenlöhne** ist eine solche Ueberzucht erst für die Zeit von 1907 ab möglich, da für 1903 und 1905 keine einheitlichen Angaben vorliegen und für 1906 die Angaben in andere Lohnklassen eingeteilt sind. Es waren Wochenlöhne vereinbart für männliche Arbeiter:

1907: Ein Wochenlohn über 35 Mk. war vereinbart für 4,2 Proz., ein solcher von 25,01 bis 35 Mk. für 36,7 Proz. und ein solcher unter 25 Mk. für 59,1 Proz. der Arbeiter.

1908: Ein Wochenlohn von mehr als 35 Mk. war vereinbart für 3,3 Proz. der Gelernten und 0,8 Proz. der ungelerten Arbeiter; ein solcher von 25,01 bis 35 Mk. für 29,2 Proz. der Gelernten und 4,8 der Ungelernten und ein solcher bis zu 25 Mk. für 67,5 Proz. der Gelernten und 89,4 Proz. der Ungelernten.

1909: Ein Wochenlohn von mehr als 35 Mk. war vereinbart für 8,1 Proz. der Gelernten und 0,9 Proz. der ungelerten Arbeiter; ein solcher von 25,01 bis 35 Mk. für 46,5 Proz. der Gelernten und 36,9 Proz. der Ungelernten und ein solcher bis zu 25 Mk. für 45,4 Proz. der Gelernten und 63,1 Proz. der Ungelernten.

Für Arbeiterinnen wurden Stundenlöhne vereinbart:

1908: Mehr als 30 Pf. pro Stunde hatten 1,8 Proz. der Gelernten und 0,7 Proz. der Ungelernten. 21-30 Pf. hatten 29,4 Proz. der Gelernten und 11,3 Proz. der Ungelernten. 11-20 Pf. hatten 33,7 Proz. der Gelernten und 43,2 Proz. der Ungelernten. Unter 10 Pf. hatten 35,1 Proz. der Gelernten und 44,4 Proz. der Ungelernten.

1909: Mehr als 30 Pf. Stundenlohn hatten 42,4 Proz. der Gelernten und 1,1 Proz. der Ungelernten. 21-30 Pf. hatten 33,1 Proz. der Gelernten und 48,3 Proz. der Ungelernten. 11-20 Pf. hatten 24,5 Proz. der Gelernten und 40,8 Proz. der Ungelernten und unter 10 Pf. nur 0,0 Proz. der Gelernten und 10,2 Proz. der Ungelernten.

Bei den Wochenlöhnerinnen war für 1908: 71,2 Proz. der Gelernten und 31,6 Proz. der ungelerten Arbeiterinnen. 1909 dagegen nur für 27,7 Proz. der Gelernten und 127,9 Proz. der ungelerten Arbeiterinnen ein Wochenlohn bis zu 10 Mk. vereinbart. Der höchsten Lohnklasse über 15 Mk. gehörten 1908: 4,2 Proz. der Gelernten und 2,5 Proz. der ungelerten, 1909 dagegen 56,7 Proz. der Gelernten und 1,3 Proz. der ungelerten Arbeiterinnen an.

Auch hier ist ein erhebliches Anwachsen der höheren Lohnklassen und ein Zurücktreten der niedrigeren Lohnklassen unverkennbar. Zu eingehenderen Vergleichen reicht indes diese Statistik aus den bereits eingangs erwähnten Gründen nicht aus. Wieviel wertvoller wäre eine solche Statistik, die über Arbeitsdauer und Arbeitslöhne im gesamten Tarifstand vollen Aufschluss gibt.

Auch die Lohnzuschläge für männliche und weibliche Arbeiter bei Ueberstunden-, Nacht- und Sonntagsarbeit haben vielfach tarifliche Regelung gefunden, vor allem im Baugewerbe sowie in den Holz- und Metallgewerben. Ihre Biedergabe würde hier zu weit führen; wir verweisen die Interessenten auf die Statistische Beilage Nr. 9 im „Corr.-Blatt“.

Einigungs- und Schlichtungsorgane sind in 1117 (1908: 1154) Tarifen festgesetzt. Am meisten finden sich diesbezügliche Bestimmungen in den Tarifen der Baugewerbe und Nahrungsmittelgewerbe. Sie sind aber nicht lediglich vom örtlichen Geltungsbereich abhängig, denn in den Firmentarifen ergab sich eine bedeutende Zunahme, in den Orts- und Bezirksstarifen ein Rückgang der Tarife mit Einigungsorganen.

Was die Tarifvertragsstatistik auch noch recht mangelhaft und des Ausbaues bedürftig sein. — so zeigt doch allein schon die große Zahl der Tarife, der tariflichen Betriebe und der tariflich beschäftigten Arbeiter die große Bedeutung des Tarifproblems. Mehr als eine Million gewerblicher Arbeiter arbeitet unter Tarifverträgen; in wenigen Jahren dürfte ihre Zahl sich auf das Mehrfache gesteigert haben. Die Bedeutung der Gewerkschaften als Schöpfer eines neuen Arbeitsrechts kann nicht schlagender bewiesen werden als durch diese Ergebnisse. Angesichts solcher Tatsachen muß das Gelingen gewisser Kreise nach neuen Ausnahme- und Auschlussgesetzen wirkungslos verumtumt. Die Gewerkschaften haben ein so breites Fundament gemeinnütziger Tätigkeit unter sich, daß sie keinen Plantes den Anwürfen der Arbeiterfeinde standzuhalten vermögen. Eine Million Arbeiter in tariflich geregelten Verhältnissen, — das bedeutet die Sicherung der wirtschaftlichen

Lage von 3-4 Millionen Einwohner, das bedeutet die Vermeidung von zahllosen Differenzen, die zu Rechtsstreitigkeiten und Anständen führen würden. Das bedeutet endlich ein gemaltes Stund Erziehung von Arbeitern und Arbeitgebern, für die der Staat den Gewerkschaften gar nicht dankbar genug sein kann.

### Zur Situation des Heimarbeiter-schutzes.

In den ersten Tagen nach den Weihnachtsferien gelangt im Reichstage der Entwurf eines Hausarbeitsgesetzes zur zweiten Lesung. Es handelt sich um einen seitens der verbündeten Regierungen an Stelle des Titels VII ihrer früheren Gewerbeordnungs-Novelle (§§ 130a bis 130y) vorgelegten Entwurfs eines Sondergesetzes, das neben der Gewerbeordnung die Verhältnisse der Hausarbeit regeln soll. Damit zugleich haben die Regierungen ihren Gesetzentwurf über die Hausarbeit in der Zigarrenindustrie fallen lassen. Dieser neue Gesetzentwurf war am 16. Februar 1910 vom Reichstage in erster Lesung beraten und einer Kommission überwiesen worden, die nunmehr ihre Arbeiten beendet hat.

Der Regierungsentwurf beschränkt sich, wie die früheren Vorschläge der Gewerbeordnungs-Novelle, im wesentlichen darauf, den Polizeibehörden, Landeszentralbehörden und dem Bundesrat die Verfügung zum Erlaß von Bestimmungen über den Schutz der Hausarbeiter gegen Gefahren für Leben oder Gesundheit (§§ 5-9), sowie über die Bekanntgabe der den Hausarbeitern zu zahlenden Löhne (§§ 3-4) zu erteilen. In Gewerbezeihen, die der Herstellung, Verarbeitung oder Verpackung von Nahrungs- oder Genussmitteln dienen, soll auch auf Gefahren für die öffentliche Gesundheit Rücksicht genommen werden. Hier wird den Polizeibehörden die Möglichkeit gegeben, die Benutzung der dieser Verarbeitung dienenden Räume zu anderen (Wohn-) Zwecken zu untersagen (§ 6). Ueberdies könne der Bundesrat die Verrichtung von Arbeiten in der Hausarbeit, die mit erheblichen Gefahren für Leben, Gesundheit oder Sittlichkeit der Hausarbeiter oder für die öffentliche Gesundheit verknüpft sind, verbieten (§ 9). Ferner schreibt der Entwurf den Auftraggebern und Hausarbeitern die Pflicht der schriftlichen Anzeige der Arbeitsstätte (§ 11), sowie dem Auftraggeber die Führung eines Verzeichnisses der mit Hausarbeit beschäftigten Personen vor (§ 12); die Gewerbetreibenden der Nahrungs- und Genussmittelgewerbe können durch Polizeiverordnung verpflichtet werden, selbst die Einrichtung und den Betrieb der Hausarbeitsstätten einer Kontrolle zu unterziehen (§ 14). Im übrigen wird die Hausarbeit der Gewerbeaufsicht unterstellt (§ 16) und eine Reihe von Strafparagrafen gegen Uebertretung des Gesetzes bilden den Schluß des Entwurfs.

Die Reichstagskommission ist nur in zwei Punkten erheblich über den Entwurf der verbündeten Regierungen hinausgegangen. Leider ist sie dabei nicht selbsteblieben, sondern hat ihren wohl begründeten Standpunkt in der einen Frage preisgegeben. Es handelt sich um die obligatorische Auslage von Lohnverzeichnissen und um die Einrichtung von Lohnämtern für Heimarbeitsberufe mit besonders niedrigen Löhnen mit der Verfügung der Festsetzung von Mindestlöhnen.

In der ersten Frage genügt der Kommission die Fassung des § 3 der Vorlage, die die Verpflichtung zur öffentlichen Bekanntgabe der Lohnsätze von dem vorherigen Erlaß bezüglicher Bundesratsvorschriften abhängig machen wollte, nicht. Sie hielt hierzu eine ohne weiteres verpflichtende gesetzliche Zwangsparagraf für geboten, welche nicht die Ausnahme, sondern die Regel darstelle. Ausnahmen hiervon sollen nur für neuauftretende Ruster, sowie für bestimmte Gewerbezeihen oder Betriebsarten auf Bundesratsbeschluss zulässig sein. Auch beschloß die Kommission, daß die Auftraggeber der Hausarbeiter verpflichtet sind, den letzteren Lohnbücher oder Arbeitszettel auszuhandigen, welche Art und Umfang der Arbeit und die dafür festgesetzten Löhne oder Preise enthalten. Auch hierfür sollen Ausnahmen nur für neuauftretende Ruster oder für einzelne Gewerbezeihen, Betriebsgruppen oder Betriebsarten durch Bundesratsbeschluss zulässig sein.

Blieb die Kommission auf diesem Gebiete, trotz der Bedenken der Regierungskommissare, fest, so war das leider nicht der Fall bei der Frage der Lohnämter und Mindestlöhne. Die Reichstagskommission wünschte Einrichtungen zu schaffen, um gegenüber dem Lohneind in gewissen Hausindustriewerkeinen eine untere Grenze zu schaffen. Sie ging von der Erfahrung aus, daß alle Miskhände der Hausarbeit in letzter Linie jurisdizieren sind auf die niedrigen Löhne, die die jeder Organisation und jedes wirtschaftlichen

Widerstandes unfähigen Hausarbeiter sich bieten lassen müssen, um bloß Arbeit zu erhalten. Dieser Lohndruck zwingt sie, über ihre Kräfte angezerrt und in übermäßiger Arbeitsdauer zu arbeiten, Weib und Kinder ins Arbeitsloch einzuspinnen, mit unzulänglichen Wohnungen ohne besondere Arbeitsräume fürlich zu nehmen und alle gesundheitslichen Vorkehrungen zu vernachlässigen. Eine Festsetzung von Mindestlöhnen sei auch im Interesse der Arbeitgeber notwendig, die höhere Löhne zahlen, um diese von einer unläuteren Konkurrenz zu befreien. Der Einwand der Regierung, daß es unzulässig sei, in die Regelung der Löhne und Preise einzugreifen, sei ebensowenig trüchaltig wie die früheren Einwände gegen den Lohnämtern, gegen die Sonntagsruhe u. a. mehr. Die Gesetzgebung dürfe nicht aus Scheu vor der Einführung eines neuen Prinzips die Hausarbeiter, welche sich auf der allerunwürdigsten Kulturstufe in Nähe und Not behaupteten und zur Selbsthilfe nicht fähig wären, ihrem Elend überlassen.

Vor allem wurde aber darauf hingewiesen, daß Neuseeland bereits 1890, Viktoria 1896 und England 1909 auf diesem Gebiete mit der Einsetzung von Lohnämtern bahnbrechend vorangegangen seien. In England habe die Regierung zunächst für 4 Industrien die Einsetzung von Lohnämtern verfügt: für die Ketten schmiederei, Herstellung von Spigen und Ketten, von Kartonnagen und für die Schneiderei-Konfektion. Die Regierungvertreter wollten dem Vorgehen Englands gegenüber eine abwartende Haltung empfehlen.

In Bezug auf die Durchführung der Lohnämter wollten unsere Genossen den Hausarbeitern das Antragsrecht und den Gewerbegerichten das Verfügungsrecht zur Festsetzung gewisser Lohnsätze geben. In Orten, wo ein Gewerbegericht nicht bestünde, sollten paritätische Lohnkommissionen unter Vorsitz eines Vertreters der Gewerbeinspektion gebildet werden. Die Lohnsätze, die nicht niedriger als die in den Fabriken für gleiche Arbeit geltenden Löhne sein dürften, sollten für die Dauer ihrer Festsetzung rechtsverbindlich sein.

Die Kommission lehnte indes diesen Antrag ab und gab zunächst einem Zentrumsantrag den Vorzug, der das Antragsrecht den Gewerbegerichten, Arbeitskammern und beteiligten Organisationen der Arbeiter und Arbeitgeber, das Verfügungsrecht dem Bundesrat bzw. Reichskanzler, der Landeszentralbehörde und der höheren Verwaltungsbehörde erteilt.

Die §§ 16a und 16b in der Fassung der ersten Kommissionlesung lauteten:

§ 16a. Durch den Reichskanzler oder die Landeszentralbehörden oder die höheren Verwaltungsbehörden können für bestimmte Gewerbezeihen, in denen Hausarbeiter in größerer Zahl zu einem im Vergleich zu anderen Arbeitern außergewöhnlich niedrigen Lohn beschäftigt werden, ganz allgemein oder für bestimmte Gruppen von Hausarbeitern oder für besondere Bezirke Lohnämter, die zu gleicher Zahl aus gleichartigen Vertretern der Gewerbetreibenden und der Arbeiter unter einem vom Bundesrat zu ernennenden Vorsitzenden zusammengesetzt sind, errichtet und die zur Durchführung dieser Bestimmung erforderlichen Anordnungen getroffen werden. Mit den Aufgaben des Lohnamtes können auch Gewerbegerichte oder Arbeitskammern betraut werden.

Diese Lohnämter haben tunlichst für die in der Hausarbeit beschäftigten Arbeiter, für welche sie errichtet sind, nach Ermittlung der orts- und berufsüblichen Löhne Mindestzeit- oder Mindeststücklöhne für einen bestimmten Zeitraum festzusetzen. Sobald die solcherart festgesetzten Löhne die Zustimmung der Behörde, welche die Einsetzung des Lohnamtes vorgeschrieben hat, gefunden haben, sind sie als Mindestlöhne rechtsverbindlich. Entgegenstehende Vereinbarungen zum Nachteil des Hausarbeiters sind nicht rechtsverbindlich.

Die so festgesetzten Mindestlöhne können auch für solche Betriebe eines gemäß Abs. 1 geregelten Gewerbezeihens vorgeschrieben werden, in welchem Personen beschäftigt sind, die als gewerbliche Arbeiter im Sinne der Gewerbeordnung gelten, soweit ohne Einbeziehung dieser Personen bei der Festsetzung von Mindestlöhnen für die Hausarbeiter beabsichtigte Zweck nicht erreichbar ist.

Die Bestimmungen des Bundesrats sind durch das Reichsgesetzblatt zu veröffentlichen und dem Reichstage bei seinem nächsten Zusammentritt zur Kenntnisnahme vorzulegen.

§ 16b. Auf Antrag eines Gewerbegerichts oder einer Arbeitskammer oder beteiligter Organisationen von Hausarbeitern oder Arbeitgeber kann der Reichskanzler oder die Landeszentralbehörde oder die höhere Verwaltungsbehörde bestimmen, inwieweit Tarifverträge, die zwischen Hausarbeitern und ihren Arbeitgeber oder bezüglichen Organisationen vereinbart oder durch Schiedspruch festgesetzt sind, auch auf die sonstigen Hausarbeiter des-

selben Gewerbes und ihre Arbeitgeber rechtser- bindliche Anwendung finden sollen."

Bei der zweiten Kommissionsberatung wurden die §§ 16a und 16b indes mit 13 gegen 13 Stimmen abgelehnt.

Die übrigen von der Kommission an der Vorlage vorgenommenen Abänderungen sind unerheblicher Natur. Wir veröffentlichen den Wortlaut des Entwurfs in der dem Reichstagsplenium unterbreiteten Kommissionsfassung im Anschluß an diese Ausführungen. Die von der Kommission beschlossenen Änderungen sind dabei durch Fettdruck hervor- gehoben.

Soweit der Entwurf eines Hausarbeitsgesetzes, der den Forderungen der Heimarbeiterschaft noch nicht einmal im bescheidensten Maße Rechnung trägt. Von den Forderungen des 1904 in Berlin statt- gehaltenen Heimarbeiterschutzes dieses die meisten unerfüllt und somit eine Erfüllung in Aus- sicht gestellt wird, geschieht es mit der Verweisung auf eventuelle Verhandlungen des Bundesrats, der Bundeszentral- oder Polizeibehörden in so un- vorteilhafter Form, daß die Hoffnung auf ein tatkräftiges Eingreifen zwecks Herbeiführung ge- sunder Verhältnisse weit hinausgeschoben werden muß. Eine ernste, wirkliche Reform der Heim- arbeit ist von diesem Entwurf nicht zu erwarten.

Insmerhin blieb noch ein Funken von Hoffnung übrig, wenn der Reichstag in der Frage der Lohn- ämter und rechtsverbindlichen Lohnfestsetzung lieber als seine Kommission. In der Tat könnten die Lohnämter vielleicht den Ariadnefaden bilden, der die Massen der Heimarbeiter aus diesem Wir- sel des Elends befreien könnte. Denn die Fest- setzung von Mindestlöhnen würde dem schlimmsten Lohndruck entgegenwirken und eine weitere Grenze schaffen, von welcher aus die gewerkschaftliche Organisation der Heimarbeiter den weiteren Kampf für einen ausreichenden Lohnstandard führen könnte. Freilich muß die Masse der Heimarbeiter erst noch für die gewerkschaftlichen Organisationen gewonnen werden. Daß aber die Lohnämter geeignet sind, der gewerkschaftlichen Organisation vor- zuarbeiten, beweisen gerade die Erfahrungen in England, über welche G. Dyhrenfurth in der „Soz. Praxis“ (XX. Jahrg. Nr. 8) berichtet. Sie schreibt:

„In den vier Industrien, die bisher der Lohn- regulierung unterworfen worden sind, ist die Ge- werkschaftsbewegung plötzlich zu Leben er- wacht. Organisationen, die bisher nur eine Scheinexistenz führten, haben jetzt überfüllte Versammlungen und geminnenden monat- lichen Hunderte von Mitgliedern... Die gesamten Kettenarbeiterinnen sind jetzt bis auf einen kleinen Bruchteil orga- nisiert; sie stehen den Arbeitgebern nunmehr als verhandlungsfähige Partei gegenüber und die Lage im Gewerbe ist vollständig geklärt. Nach maßgeblicher aber scheinbar die Entwicklung in der Herrenkonfektion, dem großen, über das Land verzweigten Gewerbe. Hier haben die Meister jetzt Fühlung miteinander genommen, um durch ihre Vertreter mit dem Handelsministerium zu konse- quieren; sie haben, während sie sich bisher isoliert gegenüberstanden, das Gefühl der Interessensolidarität bekommen und eine feste Vereinigung ge- gründet. Die Arbeiter aber strömen in die „National Union of Clothiers Ope- ratives“. In den Mittelpunkt der Bekleidungs- industrie, in Leeds, Glasgow, Bristol, Manchester, verzeichnen die Filialen der Organisationen einen noch nie dagewesenen Mitglieder- zuwachs, und es scheint, als ob sich auch die Or- ganisation der Frauen hier ganz im großen Maße vollziehen würde. So sieht man, daß auf diesem bisher so hoffnungslosen Gebiete der Impuls für die Organisation kommt, sobald das Gesetz die Garantien gibt, daß die gewerkschaftlichen Zwecke auch erreicht werden können. Es bereitet seinerseits den Boden für die Arbeiterorgani- sation und trägt wiederum Leben in den gesch- lichen Apparat.“

Unter diesen Gesichtspunkten betrachtet, ist auf die Erhaltung der Lohnämter mit der Festlegung der Festsetzung von Mindestlöhnen im Hausarbeitsgesetz der allergrößte Wert zu legen. Sie zeigen den Heim- arbeitern nicht allein den Weg, der zur Befreiung aus dem Elend führt, den Weg der gewerkschaft- lichen Organisation, sondern sie gewähren ihnen auch die Unterstützung durch Staatshilfe, die sie befähigt, sich weiterhin durch eigene Selbst- hilfe emporzuheben. Und gerade dieser gesundeste Gedanke der ganzen Heimarbeitereform sollte ver- loren gehen und dem Widerstand des freien Aus- beutertums, den Bedenken einer in Arbeiterschut- zfragen allezeit engherziger Regierung geopfert wer- den? Wo waren diese Bedenken beim Kaltegesetz, als es galt, den Werkbestehern die Preise dauernd aufrechtzuerhalten, wo blieben sie bei den Liebes- gaben und der Kontingenzpolitik, die nichts

anderes als staatliche Eingriffe in die Preisbewe- gung bedeutet? Alle Freunde der in ihrem sozialen Elend so hilflosen Heimarbeiter müssen sich auf- rufen, um diese wichtige aller Positionen des Heim- arbeiterschutzes zu retten.

Am 12. Januar 1911 wird in Berlin ein Deut- scher Heimarbeitertag zusammenzutreten, um noch in letzter Stunde den Wünschen der Haus- arbeiter Gehör zu verschaffen. Männer der sozialen Arbeit in Theorie und Praxis, Gewerkschaftsver- treter aller Richtungen, vor allem aber Vertre- ter der Heimarbeiter selbst aus den ver- schiedensten deutschen Industriegebieten werden sich zusammenfinden, um an die Gesetzgebung zu ap- pellieren, daß das Werk, das sie zu beenden im Begriff ist, ein wirkliches und wirksames Reform- werk werde. Möge die Sorge, die Hunderttausende von Heimarbeitersfamilien in diesen Tagen erfüllt, in denjenigen Kreisen, die berufen sind, als Gesetz- geber zu wirken, die volle Würdigung finden und möge es dem Heimarbeitertag gelingen, Reichstag und Regierung den dringendsten Wünschen der Heimarbeiterschaft geneigter zu machen.

### Deutscher Heimarbeitertag.

Der Aktionsauschuß verendet folgende Ein- ladung:

Das Hausarbeitsgesetz steht vor der Entscheidung. Der Bericht der Reichstagskommission liegt vor. Die zweite Lesung im Reichstage wird bald nach Wiederbeginn der Sitzungen stattfinden. Was in ihr beschlossen wird, wird voraussichtlich in der dritten Beratung bestätigt werden. Dann hat der Bundesrat das letzte Wort. Mit das Gesetz aber zu- stande gekommen, so ist sicher damit die Regelung der Hausindustrie auf lange Zeit hinaus abge- schlossen.

Es gilt daher, in letzter Stunde die Wünsche und Forderungen, die die Heimarbeiter und ihre Freunde an die Gesetzgebung haben, noch einmal zum offenen Ausdruck zu bringen.

Der Heimarbeitertag von 1904 und die Deutsche Heimarbeit-Ausstellung von 1906 haben den Anstoß zu dem Hausarbeitsgesetz gegeben, das Ende 1907 dem Reichstage vorgelegt worden ist und somit volle drei Jahre bis zur Entscheidung gebraucht hat. Die Regelung der Hausarbeit nach den Beschlüssen der Reichstagskommission erscheint in wichtigen Punkten unzulänglich; daher sind wir der Ueber- zeugung, daß im Rahmen dieses Gesetzes noch manche Verbesserungen Platz greifen müssen, soll wirksam den schwersten Notständen der Heimarbeiter gesteuert werden. Um solche Verbesserungen vorzu- schlagen und an Reichstag und Bundesrat zu bringen, laden wir Vertreter der Heimarbeiter aller Berufsweige und Freunde der Heimarbeiter aus den bürgerlichen Ständen, die bisher schon zu ge- meinsamer Arbeit wiederholt vereinigt waren, zu einer Kundgebung ein. Mit Vermeidung aller politischen Tendenzen, ohne Unterschied der gewerkschaftlichen Richtungen, ist der Zweck dieser Kund- gebung einzig und allein, die Wünsche und Forde- rungen der Heimarbeiter noch einmal zusammen- zufassen und öffentlich auszusprechen.

Der Heimarbeitertag wird statt- finden am 12. Januar 1911 von 9 Uhr vor- mittags an in den Räumen von

Keller's Neue Philharmonie, Berlin, Spandauerstr. 96/97.

Das Hauptreferat hat Professor D. Wilbrandt- Lübingen übernommen. Anmeldungen zu diesem Kongreß nimmt entgegen das Bureau für Sozial- politik, Berlin W. 30, Nollendorferstr. 24/30.

Eine möglichst zahlreiche Beteiligung der Heim- arbeiter wird der Sache dienen. Ergibt von dem Kongreß eine einmütige und starke Wotskraft der Heimarbeiter in Stadt und Land an den Reichstag und den Bundesrat, so werden ihre Wünsche, das hoffen wir bestimmt, ihren Eindruck nicht verfehlen und das Hausarbeitsgesetz so gestalten helfen, wie es den Bedürfnissen und Nöten der Heimarbeiter entspricht.

Der Aktionsauschuß:

Professor D. E. Franke.

Margarete Behm, Ingenieur E. Bernhardt, Joh. Sieberts, R. d. R. E. Goldschmidt, Krüger, Joh. Sassenbach, Robert Schmidt, R. d. R., Dr. phil. Gertrud Bäumer, Frau Minna Cauer, Gertrud Dyhrenfurth, Margarete Friedenthal, Guitav Hart- mann, Professor Dr. Heinrich Dietner, Frau Be- heimrat Dr. Hopmann, Karl Hübsch, Paula Mueller, Frau Luise Hofgärt, Guitav Soboth, R. E. Schäffer, R. d. R., Anna Schmidt, Professor Dr. Werner Sombart, Professor Dr. Robert Wilbrandt, Leopold Winter, Privatdozent Dr. Waldemar Zimmermann.

### Zur Abwehr.

In den Nummern 49 und 51 unserer Zeitung beschäftigten sich zwei Kollegen mit dem Situations- bezug. Versammlungsbericht aus dem Offenbacher Industriebezirk. Sie glauben die Verhältnisse in unserem Bezirk besser zu kennen als wir und stellen darum Behauptungen auf, die wir, so leid uns das tut, nicht unumgedrungen lassen können, weil sie ganz und gar nicht zutreffen, aber geeignet sind, unsere nur sachlichen Schilderungen in ein schiefes Licht zu stellen. Wir waren und sind nach der Mei- nung, daß ein kräftiges Wort am rechten Ort seine Wirkung nicht verfehlen wird, und glauben nicht, daß die Wahrheit im Kreise unserer Kollegen noch so angefeindet werden könnte, wie das in den beiden Eingekleidet zu unserem Artikel geschieden ist. Darum leben wir uns veranlaßt, nochmals in aller Kürze darauf einzugehen.

In dem Artikel in Nr. 49 der Zeitung, über- schrieben: „Für das Offenbacher Industriegebiet“, werden im ersten Teile die Missetände einigermaßen begründlich geschildert und unsere Schilderungen ge- wissermassen noch unterstrichen. Dann aber wird gesagt, es sei zwecklos, ja schädigend, kurz vor der Tarifbewegung diese Missetände aufzudecken, die gar nicht so schlimm seien, denn um vieles sei es schon besser geworden. — Täuschen wir uns nicht in dem Verfasser, so muß dieser die in unserem Be- richt angeführten Missetände so gut kennen wie wir, wenn er auch schon seit einiger Zeit „ferne vom Radriß“ weilt. Er hat sie zum Teil schon hier vorgefunden, zum Teil sich unter seinen Augen noch fortentwickeln sehen und auch nicht allzuviel dagegen ausrichten können, wie es ähnlich jetzt auch anderen Leuten geht. Das soll selbstverständlich kein Vorwurf sein, beweist aber, daß die Verhält- nisse fast stets stärker sind als die Menschen. Wir verschmähen es allerdings, darüber den Mantel der Liebe zu breiten und auf der trügerischen Decke ein Luftschloß zu bauen, das beim ersten Windhauch, noch vor der Kollendung, kläglich zusammenbrechen muß. Wir sind im Gegenteil der Meinung, daß man, um eine Wunde zu heilen, diese erst bloßlegen muß, auch wenn das vor einer Lohnbewegung ge- schieht. Ja gerade deshalb dürfen wir nichts vor unseren Kollegen verbergen, sondern müssen ihnen zeigen, mit welchen Verhältnissen bei der nächst- jährigen Bewegung gerechnet werden muß und wohin ihre Gleichgültigkeit führt. Nachdem aber der größte Teil der Kollegen, und gerade die, welche es angeht, den Versammlungen ferngeblieben ist, mußte ihnen in der Zeitung gesagt werden, was notwendig war, und wir nehmen davon kein Wort zurück, ja, es könnte sehr leicht mit noch mehr auf- gewartet werden.

Besser ist es doch jedenfalls, ein Uebel als solches offen zu erkennen und die Mitarbeit aller zu dessen Bekämpfung aufzurufen, als den Kopf in den Sand zu stecken, damit man die Gefahr nicht sieht und sich dann einbildet, sie bestehe nicht.

Gewiß ist es schon besser geworden, was auch nie bestritten wurde, aber es ist noch immer schlimm genug, und wir brauchen zum Bessermachen die Mithilfe aller Kollegen. Darum war auch der Ar- tikel: „Aus dem Offenbacher Industriebezirk“ durchaus kein Lamento über schlechten Besuch allein, sondern sollte eben das Feuer der Erleuch- tung führen — wie der Kritiker so schön sagt — und die Kräfte zum einheitlichen Vorgehen sammeln. Darin sind wir also einig!

Zur Vorbereitung einer Lohnbewegung aber kommen wir ohne Versammlungen einfach nicht aus, oder meint vielleicht der Einsender, daß man 80 Proz. der Mitglieder (denn es dreht sich nicht nur um Heimarbeiter, obwohl wir auch deren schon circa 1600 im Industriegebiet haben) in ihren Be- haufungen auffinden und jedem einzelnen einen stundenlangen Vortrag über die Gestaltung der nächstjährigen Tarifbewegung halten soll? Daß das unmöglich ist, müßte er u. E. selbst doch sehr gut wissen, oder sollte er die wirklichen Verhältnisse in seinem früheren Wirkungskreise schon vergessen haben?

Schlägt nicht Kollege Schulz im Entheimer Ge- biet genau denselben Ton an über die Nachlässigkeit und Interesslosigkeit der Kollegen? Er weiß wohl warum! In der Nähe beschien, erkennen die Dinge eben anders als in nebelhafter Ferne.

Wo es gnedmächtig erscheint, geht jetzt schon der Prophet zum Berge und wartet durchaus nicht. 49

der Berg zu ihm kommt, aber damit werden die Berge noch lange nicht verlesen. „Berge verlesen“, kann nur der Glaube, und auch dieser nur scheinbar, welcher aber hier mit der Wirklichkeit nichts zu tun hat.

Was die am Schlusse des Artikels eine empfehlende Reorganisation im Industriebezirk anbelangt, so sei daran erinnert, daß wir ja doch schon seit längerer Zeit, ja seit der Verschmelzung der beiden Verbände darauf hinarbeiten, bei dem Widerstand der einzelnen Verwaltungsstellen bis jetzt aber damit noch nicht allzuweit gekommen sind. Hier darf man nicht mit der Tür zum Dons hineinfallen, was wir der Artikelschreiber wohl aus eigener Erfahrung gern bestätigen wird.

Das „einzelne Mitglied“, das den Artikel „Erfahrungswort“ in Nr. 51 unserer Zeitung produziert, glauben wir auch noch zu kennen. Wir halten ihn für einen Ausländer, wenn er sich uns auch als „Effenbächer“ vorstellt. In seinem, uns bekannten Manier sucht er die Sache mit einigen, vielleicht gutgemeinten Worten abzutun, der Effenbacher Zeitung aber auch so nebenbei eine auszuweisen, die alles verkehrt mache.

Seine wissenschaftliche Erfahrung über die Psychologie und Mithinbildung der Effenbächer im weitesten Sinne ist zum mindesten sehr gering. Direkt verkehrt aber sind zum größten Teil seine Erklärungen über die Ursachen der Effenbacher Interessenslosigkeit im Verbandesleben. Der Verfasser ist schon zu lange von hier fort und war überhaupt nicht lange genug in Effenbach, um die hierigen Verhältnisse und deren Ursachen besser zu kennen wie Leute, welche hier aufgewachsen sind und fortwährend mit den seit mehr als einem Menschenalter eingewirkten Arbeitshänden zu kämpfen haben. Er erzählt uns von einer Zeit, in der man nicht genug Aufnahmeplätze hätte machen können, so sei agitiert worden usw. — Na, diese Zeit haben wir ja auch mitgemacht, wissen aber auch, daß das nicht immer so weiter gehen kann. Wenn der weitaus größte Teil der Berufsangehörigen einmal organisiert ist, dann geht es eben mit Reue aufnahmen langsamer, zumal die Mittelchen von damals ihre Zugkraft eingebüßt haben. Gerade dieses schnelle, treibhausartige Wachstum des Fortschrittverbandes ist ja mit Schuld an der Misere, die wir heute haben. Die innere Schulung, die sich andere Verbände in jahrzehntelanger, mühevoller Arbeit erworben, fehlt unseren Fortschrittlerern noch zum größten Teil. Sie haben vielfach noch nicht die richtige Auffassung vom Wesen einer wirtschaftlichen Kampforganisation. Darum erfordert es auch jahrelange Arbeit, das nachzuholen, was mindestens so wichtig ist als das Werben neuer Mitglieder. Die Zunahme unserer Mitglieder im Effenbacher Bezirk beweist wohl, daß hier agitiert wird und mit Erfolg, und wir haben darum auch nicht geklagt. Die Versammlungen sollen besser besucht werden, das war der Kernpunkt. — Da meint aber der „einzelne Effenbächer“, die Kollegen sitzen zuviel im Wirtschaftshaus, weil ihnen keine Bildungsmittel und keine besseren Unterhaltungsmittel zur Verfügung stehen. Abgesehen von Frankfurt gibt es nach seiner Meinung keine Erholungsstätten in und um Effenbach. Vielleicht hat der Einsender, solange er sich, wie er sagt, noch vom Brechkopf und Startstoffsalat nähert, sich nur in Frankfurt erholen können und wußte darum in Effenbach keinen Bescheid, denn sonst könnte er derartige Behauptungen nicht aufstellen. Er scheint auch ebensowenig von der Zentralbibliothek der Gewerkschaften als von der Effenbacher Stadtbibliothek zu wissen, die von Autoritäten mehr als einmal als außerordentlich anerkannt worden ist, weshalb er jedem Kollegen eine Bibliothek guter Bücher empfiehlt.

In den Mitgliederversammlungen ferner werde nur über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse geredet und alle Quartale der Kassenbericht erörtert, meint der Einsender und befindet sich auch damit ganz gewiss auf dem Holzwege. Wenn er so aufmerksam unsere Zeitung lesen würde, wie er in seinem Artikel behauptet, so müßte er auch schon öfter gesehen haben, daß unsere Versammlungen durchaus nicht immer das von ihm bezeichnende Bild aufweisen.

Ganz hübsche Summen haben wir schon für wissenschaftliche und sonstige bildende Vorträge ausgegeben, trotzdem war aber die Versammlung nicht besser besucht als sonst und das Geld hinausgeworfen. Mühte doch erit vor kurzem in einer solchen Versammlung darüber abgeirnt werden,

ob der Referent, nachdem man eine Stunde auf Verfüher gewartet hatte, noch vor der kleinen Anzahl Kollegen seinen Vortrag halten sollte. Solche Vorkommnisse aber sind sowohl für uns wie für den Referenten peinlich, ja blamabel, und man sollte sich wirklich in Zukunft überlegen, ob man solche Vorträge noch arrangiert.

Die Frage des 1. Mai wollen wir hier gar nicht mehr aufwerfen, um sie in lange genug geirnt worden.

So liegen die Dinge in Wirklichkeit. Was uns die beiden Einsender vorge schlagen haben, sind alle Geschichten in neuer Auflage und wurden schon alle versucht. Was wir aber nach langem Zögern einmal für notwendig gehalten haben, war, die Teilnahmlichkeit innerhalb des Verbandes aufzurufen über die nützlichen Verhältnisse. Zu diesem Zwecke aber wird doch wohl unsere Zeitung geschrieben. Wir können das nicht für verbandschädlich halten, verbandschädlich ist höchstens die ewige Rechenschaftsträgerei. — Verdecken wir unsere Fehler und Schwächen nicht mit Phrasen, sondern zeigen wir offen, im Vertrauen auf die Stärke der Gesamtorganisation, auch die Schäden und Mängel in einzelnen Teilen, damit alle Kollegen zu deren Beseitigung und Verhütung die Hand mit anlegen können. Nichts ist geräucherlicher und schädlicher, als eine Täuschung über sich selbst. Wenn, auch diese Taktik und Praxis wird von gewissen auch Organisationen aufs innigste gehegt und gepflegt. Aber eine wirkliche, eine freigebergesellschaftliche Kampforganisation, wie wir es sind, die muß schon auf das Mittel der „Emporhebung“ und solcher Darlegung der Situation verzichten. Und das kann sie auch sehr gut, denn auf die Dauer fährt sie dabei am besten. S. S.

Hierzu schreibt uns der Verfasser des Artikels: „Für das Effenbacher Industriegebiet“ in Nr. 49 unserer Zeitung folgendes: „Soweit Kollege E. S. den Artikel: „Für das Effenbacher Industriegebiet“ (Nr. 49, Jahrg. 1910) mit obiger „Verteidigung“ im Auge hat, befindet er sich im Irrtum. Ich habe keine Angaben nicht nur unterstrichen, sondern habe auch versucht, die Wunde bloß zu legen“, indem ich den Ursachen nachgegangen bin. Mit seiner Seite habe ich die bestehenden Mißstände mit dem Mantel der Liebe zugedeckt oder zudecken wollen. Was mir nicht gefallen hat, war das „Lamento“ anzuhören. Ich bin trotz obigen Artikels der Meinung, daß so etwas eher schädlich als verbessernd wirkt. Ich habe empfohlen und unterstrichen es jetzt nochmals, daß außerordentliche Versammlungen mit vorausgegangener Hausagitation nicht nur erfolgreich sind, sondern auch dem Agitator die Möglichkeit geben, die bestehenden Mißstände denen vor Augen zu führen, die sie verursacht haben. Kurz gesagt: der Artikel in Nr. 49 ist nicht gegen den Kollegen E. S. gerichtet, sondern gegen die von ihm geschilderte Interessenslosigkeit, was in der Einleitung ganz besonders hervorgehoben ist. S. S.

**Sitzung der Schlichtungskommission für das Portefeuller- und Reiseartikelgewerbe zu Offenbach a. M.**

Am Freitag, den 30. Dezember, fand im Gebäude der Großherzoglich. Handelskammer wieder eine Sitzung der Schlichtungskommission statt, die wohl eine der interessantesten während der Dauer der Vertragsperiode war. Die Kommission war besetzt durch die Arbeitgebervertreter Förber, Springer und Hofenthal, von den Arbeitnehmervertretern waren die Kollegen Stengel, Buch und Esig zugegen. Herr Regierungsassessor H. Schneider führte den Vorsitz. Ein Heimarbeitler klagt gegen die Firma Dieterle an. Dieser wegen einseitiger Festsetzung der Affordpreise. Kläger hatte von der Firma einen Posten Taschen erhalten — 20 Duzend à 4,25 Mk. — so m p l e t t, wie auf dem Arbeitszettel stand. Der Arbeiter verstand die Bezeichnung komplett natürlich so, daß er die ihm zukommende Arbeit zu diesem Preise anfertigen solle, während nach dem Tarifverträge die Werke für Stepperei, Schärerei usw. besonders bemerkt und auch bezahlt werden müssen. Die Firma hatte den betreffenden Artikel im Lohnbuch nicht eingeschrieben, in ihrem Kalkulationsbuch aber den Tarifvertrag derart umgangen, daß sie den Gesamtpreis von 4,25 Mk. ermäßigte, die Reduzierungen aber dann für Stepperei usw. wieder zugeschlagen moßte. Der Arbeiter gab sich mit dieser Auslegung des Tarifvertrages natürlich nicht zufrieden und so kam die Sache vor die Schlichtungs-

kommission. Während die Firma hier behauptete, der Arbeiter sei mit dem Preise ausdrücklich einverstanden gewesen, wird das von dem Arbeiter ganz entschieden bestritten. Herr Dieterle kann auf Verfragen nicht erklären, mit wem er den so famos spezifizierten Preis vereinbart hat und der Vorsitzende stellt fest, daß in der einseitigen Preisfestsetzung schon an und für sich ein Tarifbruch erblickt werden muß. Einen Vergleichsvorschlag meinte Herr Dieterle vorerst nicht ablehnen zu müssen, denn er ist der Meinung, daß er doch das Recht habe, besondere Vereinbarungen mit seinen Arbeitern zu treffen und könne der Tarifvertrag darum nicht in Betracht kommen. Diese sonderbare Ansicht eines Mitgliedes der Unternehmervereinigung gibt dem Vorsitzenden Anlaß, dem Vertreter der Firma deren Verpflichtungen dem Verträge gegenüber klarzumachen. Wenn die Firma die Tarifbestimmungen nicht einhalten wolle, dann solle sie doch lieber von dem Verträge bzw. der Arbeitgebervereinigung zurücktreten, dann brauche ihr die letztere keinen Schutz zu gewähren. Der Vorsitzende macht der Firma schließlich nochmals den Vorschlag, da sie die kritische Tatsache nicht mitgebracht und ein Urteil darum nicht leicht zu fällen sei, an den Kläger vergleichsweise den Betrag von 20 Mk. zu zahlen. Jetzt erklärte sich Herr Dieterle dazu bereit, und auch der Arbeiter, dessen Forderung auf 30 Mk. geklärt, in damit einverstanden. Der beklagte Firma wird noch dringend aus Herz gelegt, daß sie als Mitglied der Arbeitgebervereinigung zur unbedingten Tarifeinhaltung verpflichtet ist.

Im zweiten Punkt sollte die Schlichtungskommission über 2 verschiedene Sorten Damen-taschen der Firma Vandenfels ein Urteil abgeben, über deren Herstellungspreise pro Duzend die Firma mit den in Betracht kommenden Arbeitern nicht einig geworden ist. Zwischen den von der Firma geborenen und den Arbeitern geforderten Löhnen bestehen im einzelnen Differenzen bis zu 4 Mk. pro Duzend. Die Taschen waren sämtlich von der Firma zur Stelle geschafft worden. Eine Diskussion entspannt sich darüber, was überhaupt gesehen solle, wenn eine Einigung bei Preisfestsetzungen ganz unmöglich sei, denn daß die Schlichtungskommission hier immer ein maßgebendes Urteil aussprechen könne, was für einen Artikel bezahlt werden müsse, sei doch nicht anzupfehlen. Es wüßte darum immer erstrebt werden, daß eine Einigung der Parteien zustande komme. — Zwei unter den kritischen Taschen vorgenommene Stichproben liefern der durch drei Herren vertretenen Firma den Beweis, daß sie die Preise doch etwas zu niedrig angesetzt habe und erklärt dieselbe der anwesenden Schlichtungskommission, sich nun mit den Arbeitern zu verständigen.

Es ist das erklärlich, wenn man die ungeheuerliche Schmutzkonkurrenz sieht, die selbst unter den Mitgliedern der Fabrikantenvereinigung die ärgsten Blüten treibt. Von den Organisationsvertretern wird das unter Hinweis auf die erst verhandelte Klage ins rechte Licht gerückt und von den Fabrikanten bestätigt. Die anwesenden Vertreter der Arbeitgeber wollen in ihrer Vereinigung auf eine Beilegung dieses Unheils nach Möglichkeit hinwirken, allerdings sei hier der Stein der Weisen noch nicht gefunden.

Wir wissen es und geben den Fabrikanten den wohlgemeinten Rat, alle diejenigen aus der Arbeitgebervereinigung auszuschließen bzw. ihnen keinen Schutz zu gewähren, die auf die vertraglichen Bestimmungen pflichten, um tariffreien Fabrikanten gegenüber derartige Schmutzkonkurrenz treiben. Wir werden dann schon dafür zu sorgen wissen, daß sie ihre Artikel nicht billiger herstellt erhalten, als dafür bei ausländischen Fabrikanten bezahlt wird.

**Streiks und Lohnbewegungen.**

Offenbach a. M. (E. 22. 12.) Am Montag, den 19. Dezember v. J., beschäftigte sich eine im Gewerkschaftshaus tagende Versammlung der Vertrauensleute mit der im nächsten Jahre bevorstehenden Tarifbewegung in der Portefeuller- und Reiseartikelindustrie. Kollege Hof hatte hierzu das Referat übernommen und behandelte in circa einstündigen Ausführungen die fürs nächste Jahr auszuheulenden Richtlinien und prinzipiellen Forderungen. Da die ganze Materie schon in den Brancherversammlungen wie auch in den Mitgliederversammlungen der einzelnen Verwaltungsstellen durchberaten wurde, erübrigt es sich hier, nochmals des näheren darauf einzugehen. Besonders wird betont, daß zur wirksamen Vorbereitung und erfolgreicher Durchführung der Tarifbewegung die Mitarbeit aller Kollegen notwendig ist. Möge darum jeder Kollege wie jede Kollegin ihr Teil dazu beitragen, daß die nächste Bewegung uns weitere notwendige Verbesserungen im Arbeitsverhältnis bringt. Nach kurzer Diskussion fand folgende Resolution einstimmige Annahme: Die heute im Gewerkschaftshaus zu Offenbach a. M. tagende Versammlung der Vertrauens-

Aus unserem Beruf.

leute erklärt sich mit dem Vorentwurf zu dem neuen Tarifverträge für die Portefeuller- und Heftartikelindustrie einverstanden. Zur Verwirklichung der darin aufgestellten Forderungen wird jedoch die tatkräftige Mitarbeit aller Kollegen unbedingt erwartet.

Unter „Verschiedenes“ teilt stollege Wurm mit, daß vor kurzem eine Versammlung der Arbeiterinnen stattgefunden hat, die jedoch zum Teil auch durch die Nadellosigkeit einiger Vertrauensleute, nur einen mangelhaften Besuch aufwies.

Sameln. Zum Streit auf den Norddeutschen Automobilwerken. In unserem letzten Artikel haben wir schon darauf hingewiesen, wie die Firma bemüht ist, Arbeitswillige heranzulassen.

Das die Firma bei dem Streik auf den Norddeutschen Automobilwerken, aus den in unserer Zeitung bereits wiederholt veröffentlichten Gründen gezwungen, in den Streik zu treten.

So finden wir denn den früheren Verbandskollegen Otto Kanis als den „Arbeitswilligen“ Herrn Otto Kanis in Sameln, der Mattenbänderherstellung, wieder.

„Eingeandrt. Raubanfall auf der Ohliener Landstraße. Am 2. Feiertage wurde oberhalb der Norddeutschen Automobilwerke ein auf dem Wege zu seiner Wohnung, Ohliener Landstraße 2, befindliches Mädchen angefallen und ihres Portemonnaies beraubt.

„Rache hiermit bekannt das ich aus dem Verband austrete da es für mich kein Zweck mehr hat.“ Otto Kanis Sattler.

Der Stil ist der Mensch! Wenn das wahr ist, und wir zweifeln daran nicht im geringsten, dann ist dieser Mensch „gut!“ Ein Gentleman vom Scheitel bis zur Sohle!

Ein „Gentleman“ in zweifelloser Weise der am 15. Januar 1883 in Leipzig geborene Sattler Herr Otto Kanis. Am 23. Januar des Jahres 1909 fühlte der Mensch, daß es gut sei, daß man in der Welt von heute nicht allein siehe.

Das der Gute kam leider nur bis Sameln. In allen übrigen Orten Deutschlands schien es auch zurecht seine possende Beschäftigung für den Erwerb gegeben zu haben.

So finden wir denn den früheren Verbandskollegen Otto Kanis als den „Arbeitswilligen“ Herrn Otto Kanis in Sameln, der Mattenbänderherstellung, wieder.

„Eingeandrt. Raubanfall auf der Ohliener Landstraße. Am 2. Feiertage wurde oberhalb der Norddeutschen Automobilwerke ein auf dem Wege zu seiner Wohnung, Ohliener Landstraße 2, befindliches Mädchen angefallen und ihres Portemonnaies beraubt.

„Rache hiermit bekannt das ich aus dem Verband austrete da es für mich kein Zweck mehr hat.“ Otto Kanis Sattler.

Der Stil ist der Mensch! Wenn das wahr ist, und wir zweifeln daran nicht im geringsten, dann ist dieser Mensch „gut!“ Ein Gentleman vom Scheitel bis zur Sohle!

Preisverteilung für Muster zu einem neuen Offizierornament. Wir hatten jenseitig Nr. 34 unseres Blattes gleichfalls das Preisauschreiben des preussischen Kriegsministeriums erwähnt, das dem Zwecke dienen sollte, ein brauchbares Modell für einen Offizierornament zu erhalten.

Nach dem Ergebnis der Prüfung ist kein Muster zur Einführung geeignet, es mußte daher von der Zuteilung des 1. Preises abgesehen werden.

Als Preise für die 4 besten Muster werden zuerkannt je 300 Mk. den Meistern 111 111, 660 077 und 375 842 sowie 100 Mk. dem Meister 461 686.

Die nicht mit Preisen bedachten Ornamente, über die nicht binnen 4 Wochen seitens der Einsender berichtet wird, werden diesen zurückgegeben.

Es bleibt also, wie es scheint, vorläufig alles beim alten. So lebenswert nun an und für sich derartige Preis- bezw. Wettbewerbe sind, so unerbäulich, ja geradezu bedauerlich ist es, daß der Prüfungskommission auch nicht ein einziger Fachmann angehört.

Korrespondenzen.

Hagen. (S. 31. 12.) In der am 16. Dezember stattgefundenen Mitgliederversammlung sprach Kollege Kermel über das Thema: „Friede auf Erden!“

So finden wir denn den früheren Verbandskollegen Otto Kanis als den „Arbeitswilligen“ Herrn Otto Kanis in Sameln, der Mattenbänderherstellung, wieder.

„Eingeandrt. Raubanfall auf der Ohliener Landstraße. Am 2. Feiertage wurde oberhalb der Norddeutschen Automobilwerke ein auf dem Wege zu seiner Wohnung, Ohliener Landstraße 2, befindliches Mädchen angefallen und ihres Portemonnaies beraubt.

„Rache hiermit bekannt das ich aus dem Verband austrete da es für mich kein Zweck mehr hat.“ Otto Kanis Sattler.

Der Stil ist der Mensch! Wenn das wahr ist, und wir zweifeln daran nicht im geringsten, dann ist dieser Mensch „gut!“ Ein Gentleman vom Scheitel bis zur Sohle!

Rechtssprechung.

Ist für gesetzliche Feiertage Lohn zu zahlen? Das Stettiner Gewerbegericht hatte sich mit der Frage zu beschäftigen, ob von den gegen Wochenlohn tätigen Gewerbegehilfen für gesetzliche in die Woche fallende Feiertage, an denen nicht gearbeitet werden darf, Lohn verlangt werden könne.

Gewerbe ist die Zahlung tarifmäßig ausgemacht, so z. B. nach § 7 des Buchdruckerartaris für die „in gewissem Maße“ lebenden Geschäfte. Die Nichtbezahlung folgt aus § 105b der Reichsgewerbeordnung, nach welcher an Sonn- und Feiertagen in Werkstätten der Regel nach nicht gearbeitet werden darf, und aus § 323 des Bürgerlichen Gesetzbuches, welches bestimmt: „Wird die aus einem gegenseitigen Verträge dem einen Teil obliegende Leistung infolge eines Umstandes unmöglich, den weder er noch der andere Teil zu vertreten hat, so verliert er den Anspruch auf die Gegenleistung, bei teilweiser Unmöglichkeit mindert sich die Gegenleistung nach Maßgabe der §§ 472, 473.“ Bei Wochenlohn ist der Lohn für den einzelnen Tag durch Division des Wochenlohnes durch die Zahl der Arbeitstage festzusetzen. Die Spruchpraxis des Stettiner Gewerbegerichts ist in dieser Beziehung wohl die rückgängigste aller deutschen Gewerbegerichte. Nur die einfachste Unternehmerfreundlichkeit kann dem § 323 des B. G. B. diese Deutung geben, die er in Wirklichkeit gar nicht haben kann. Wenn dieser Paragraph gerichtsweise angezogen werden soll, so muß u. E. der die Leistung verhindernde Umstand ein unvorhergesehener sein, nicht aber ein solcher, der vor Vertragsabschluss in seinen Wirkungen auf Seller und Feiern genau berechnet werden kann. Letzteres ist aber bei dem Arbeitsausfall durch die in die Arbeitswoche fallenden gesetzlichen Feiertage der Fall, und wenn trotz dieser bekannten Verminderung der Arbeitsleistung ein bestimmter Wochenlohn zugesichert wird, so muß er unter allen Umständen gezahlt werden, und es gehört schon ein großes Stück weltfremder Paragrafenschusterei dazu, den Unternehmer von dieser Verpflichtung zu entbinden.

Der Wochenlohn ist unter allen Umständen, falls er als solcher festgelegt wurde, als Einheit zu betrachten. In dem Falle kommt noch hinzu, daß unser Kollege bei diesem Herrn Sattlermeister fast ein ganzes Jahr hindurch in Beschäftigung gestanden und — was ausschlaggebend für das Gericht unbedingt sein mußte — bisher stets in gleichen Fällen, so z. B. für den Karfreitag und Dinnelshofstag, seinen vollen Wochenlohn erhalten hat. Es war u. E. keine ausdrückliche Willenserklärung über die Bezahlung der Feiertage notwendig, weil 1. der Wochenlohn (also die Lohnform) die Firma zur Zahlung verpflichtete und — wenn man dies als durchschlagend nicht gelten lassen will — weil 2. durch die bisherige Bezahlung der Feiertage eine stillschweigende Anerkennung dieses Zustandes zweifellos rechtskräftig geworden ist. Eine Rechtskräftigkeit wäre nur dann nicht vorhanden, wenn der Meister bei den in Frage kommenden Lohnzahlungsperioden ausdrücklich erklärt hätte: „Ich schenke Ihnen für den Feiertag diesen Lohnbetrag, verpflichtet, ihn zu zahlen, bin ich nicht.“ Dies hat der Krauter, der übrigens ein ehemaliges Verbandmitglied ist und seine Feiertage stets bezahlt erhalten hat, als er noch Geselle war, jedoch nicht getan. Bedauerlich ist eben, daß dieses Urteil endgültig und eine Verzögerung nicht möglich ist, aber dringend möchten wir dem Stettiner Gewerbegericht empfehlen, sich den Rechtsstandpunkt anderer und zwar fortgeschrittener Gewerbegerichte zum Vorbild zu nehmen und den Standpunkt, den es — das ist der Humor bei dieser ernsten Sache — bereits seit Mitte der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts vertritt, nun endlich als vollkommen veraltet aufgibt.

Gewerksenswert für die Arbeiter ist diese Entscheidung übrigens noch insofern, als das Gericht dem Arbeitgeber, der ein obliegendes Urteil erzielte, eine Entschädigung für Versäumnis zusprach, ohne daß der Nachweis eines entstandenen Schadens durch Wahrscheinung der beiden Termine, welche in dieser Sache stattfanden, seitens des Gerichts verlangt wurde. Die logische Konsequenz dieser Entscheidung ist nun, daß auch den Arbeitnehmern, falls sie ein obliegendes Urteil erzielen, Entschädigung für Versäumnis gezahlt wird, ohne daß seitens des Gerichts der Nachweis eines wirklich entstandenen Schadens gefordert wird. Da Rechtsbehelfungen gegenüber den Parteien bei manchen Gewerbegerichten noch immer nicht verfahren werden können, ist es möglich, daß künftig die Parteien ohne Ansehen der Person auf diesen in der Rechtsprechung der Gewerbegerichte neu hervorretenden Umstand, wenn schließlich auch nur indirekt, hingewiesen bzw. aufmerksam gemacht werden. Vielleicht interessiert bei dieser Sache auch noch, daß das Gericht an der Schadenersatzforderung Abstriche machte, indem es dem Herrn Sattlermeister Dreher, Falkenwalder Straße 18, nur 30 Pf. anstatt der seinerseits geforderten 75 Pf. für die Stunde zusprach. Auch sachlich ist die Entscheidung für unsere Stettiner Berufskollegen wichtig insofern, als das Gericht sich auf den Standpunkt stellte, daß Feiertage (wie Pufftag), die in die Arbeitswoche fallen, vom Unternehmer nicht bezahlt zu werden brauchen, trotzdem

dies seitens der Sattlermeister hier allgemein geschieht. Das Gericht hat hier also direkt zum Nachteil einer ganzen Berufsgruppe entschieden. So treibt man Sozialpolitik im bürgerlichen Sinne.

**Bekanntmachung des Zentralvorstandes.**

Auf Antrag der Ortsverwaltungen wurden die Mitglieder Wilhelm Geisrich, Buchdr. 1317, und Richard Küffel, Buchdr. 10088, beide in Berlin, sowie das Mitglied Stanislaus, Buchdr. 9121, zurzeit Arbeitswilliger in Garmisch, aus dem Verbands ausgeschlossen.

Durch die Amtsniederlegung des Kollegen Minidseich-München hat sich der Vorstand mit der Neuregulierung des Ganzen München beschäftigt. In Anbetracht der großen Anzahl indifferenten Kollegen in diesem Gau hat sich der Vorstand genötigt gesehen, den größeren Teil des Ganzen München unter den angestellten Gauleiter Kollegen J. Nag-Stuttgart zu stellen. Die Bahnlinie Regensburg-Kassau wird dem Gau Nürnberg zugeweiht. Diese Aenderung tritt mit dem heutigen Tage in Kraft.

Am Sonnabend, den 7., spätestens müssen die Karten über die Arbeitslosen-tarifliste eingekandt werden.

Das Mitgliedsbuch Nr. 6061 (Alfred Borich) ist als verloren gemeldet und wird hiermit für ungültig erklärt. Der Vorstand.

**Briefkasten der Redaktion.**

G. G. in S. An dem Streik in Delmenhorst sind wir seit Anfang Oktober nicht mehr beteiligt. Die Holzarbeiter lieben aber zurzeit noch im Kampfe und deshalb ist der Betrieb auch von unserer Seite als gesperrt zu betrachten. Im übrigen haben sich die Mitglieder nach der am Kopf der Zeitung ständig erscheinenden Mahnung zu richten, wonach Arbeit in anderen Städten nur unter Zustimmung der Ortsverwaltungen angenommen werden darf. Die öffentliche Sperrung des Delmenhorster Betriebes haben wir aus bestimmten Gründen eingeleitet. Das Gleiche gilt auch für Rathenow.

S. B. in Leipzig. Rein, der Bösch ist damit nicht gemeint. V. Gr. F. W.

Den heutigen Zeitungsendungen an die Verwaltungshellen liegen je

eine Anzahl Exemplare Inhaltsverzeichnis beiliegend. Bei Bedarf können solche von uns nachverlangt werden.

**Adressenänderungen.**

Breslau. K. Adolf Scholz, Litowitzstraße 31V.  
Dortmund. R. Hermann Bonem, Werderstraße 14111.  
Dannover. A. N. und R. U. in der Berberge des Gewerkschaftshauses. (Bom 1. Januar 1911 ab.)

**Sterbetafel.**

München. Georg Kirin, im Alter von 43 Jahren, an Lungenleiden.  
Weißkirchen. Heinrich Sal. Jonas, Portefeuller, im 18. Lebensjahre an Knochenvereiterung.

Ehre ihrem Andenken!

**Verammlungskalender.**

- Brandenburg a. S. Mittwoch, den 11. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im „Volkshaus“, Mitgliederversammlung.
- Breslau. Sonnabend, den 7. Januar, im „Grünen Bergel“, Mitgliederversammlung.
- Düsseldorf. Dienstag, den 10. Januar, abends 8 1/2 Uhr, Generalversammlung im „Volkshaus“.
- Essen a. R. Sonnabend, den 14. Januar, abends 9 Uhr, Versammlung bei Schmierung, Abenteuere Straße.
- Gagen i. Westf. Sonntag, den 15. Januar, nachmittags 5 Uhr, bei Schürhoff, Gochstraße, Generalversammlung.
- Heilbronn. Samstag, den 7. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal „Zur Weibertru“, Karlstraße, Versammlung.
- Kiel. Dienstag, den 10. Januar, abends 8 1/2 Uhr, Fahrstraße 24 (Gewerkschaftshaus), Versammlung.
- Nürnberg. Sonntag, den 15. Januar, nachmittags 3 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Generalversammlung. Anträge müssen bis zum 13. Januar beim Vorsitzenden eingereicht werden.
- Stettin. Freitag, den 13. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Volkshaus, Gr. Oberstraße 18-20, Versammlung.
- Wismar. Sonnabend, den 7. Januar, Mitgliederversammlung.

**Anzeigen**

**Zentral-Krankenkasse der Sattler, Portefeuller u. Berufsgenossen Deutschlands, E. G. 64 zu Berlin.**

Den Ortsverwaltungen sowie allen Mitgliedern wünscht ein glückliches Neujahr!  
Der Vorstand.  
Wilhelm Giese, Vorsitzender.

- Quartalversammlungen.**
- Essen. Sonntag, den 8. Januar, vormittags 11 Uhr, bei Herrn Schmierung, Kapstadtstraße, Versammlung.
  - Leipzig. Freitag, den 13. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Volkshaus, Reiber Straße 32.
  - München. Samstag, den 14. Januar, abends 8 Uhr, im „Lampgarten“, Jägerstraße 14.

**Offenbach.**  
Achtung! Kolleginnen! Achtung!  
Montag, den 9. Januar, abends 1/2 7 Uhr, direkt nach Geschäftsabschluss, im Saale „Zum Storch“, Schloßstr. 10.  
**Versammlung**  
aller in der Portefeuller- u. Reiscartikel-Industrie beschäftigten Arbeiterinnen.  
Tagesordnung:  
Tariffbewegung und Arbeiterinnenfrage.  
Die Tariffkommission.

NB. Von den Kollegen erwarten wir, daß sie die Kolleginnen auf diese Versammlung aufmerksam machen und für guten Besuch agitieren. D. D.

**Fabrikgebäude** billig per 1. 4. 1911 zu vermieten.  
5 Etagen à 200 Quadratmeter, auch geteilt.  
Berlin, Schönhauser Allee 56.

**Zentral-Krankenkasse der Buchbinder.**  
Verwaltungsstelle Nürnberg.  
Nachruf!  
Am 24. Dezember 1910 verschied unser langjähriges Mitglied, der Buchbinder Herr **Johann Müsinger** nach kurzem, schwerem Leiden im 70. Lebensjahre. Ehre seinem Andenken.  
Die Ortsverwaltung.

**1. Portefeuller,**  
selbständiger Arbeiter, mit allen vorkommenden Arbeiten vollständig vertraut, erhält dauernde Stellung bei einem Wochenlohn von 25-28 Mark.  
**Adolf Heim, Bries, Bez. Breslau.**

**Tüchtige Portefeuller**  
auf Damensachen finden dauernde und lohnende Beschäftigung.  
**A. Nitke,**  
Dahmer in Schlesien.

**Sattelmacher**  
auch auf Damensattel, auch Teilarbeiter werden bei guten Löhnen und dauernder Beschäftigung verlangt für Berlin. Unter Chiffre **G. R. 100** an die Expedition dieses Blattes.